

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 18. Dezember 1959

Blatt 2577

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

5. Hauptstück: Gesundheitswesen

18. Dezember (RK) Die heutigen Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurden unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas mit dem Referat des Amtsführenden Stadtrates Dr. Glück (ÖVP) über die Ansätze der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, eingeleitet.

Er stellte einleitend fest, daß auch im Sektor des Gesundheitswesens, der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung folgend, sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben gestiegen sind. Während für das Jahr 1959 Einnahmen in der Höhe von 479 Millionen Schilling und Ausgaben von 954 Millionen Schilling vorgesehen waren, erwarten wir in diesem Jahr als Einnahmen einen Betrag von 495 Millionen Schilling und Ausgaben in der Höhe von 973,5 Millionen Schilling.

Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Teilen zusammen: Pflegegebühren 320 Millionen Schilling (einschließlich des klinischen Mehraufwandes in der Höhe von rund 37 Millionen Schilling), Zweckzuschüsse des Bundes 27 Millionen Schilling. Die Ausgaben gliedern sich in Personalaufwand, 400 Millionen Schilling, das sind 55 Prozent, Sachaufwand, 292 Millionen Schilling, das sind 33 Prozent, und neue Investitionen und Bauten, 88 Millionen Schilling, das sind 12 Prozent.

./.

Beim Wilhelminenspital wurde bereits im laufenden Jahr mit dem Neubau einer großen Abteilung, die 560 Betten umfassen soll, und den dazugehörigen Zubauten begonnen. Diese Arbeiten werden 1960 weitergeführt werden, wofür ein Betrag von 24 Millionen Schilling vorgesehen ist.

Für das Bauvorhaben Allgemeines Krankenhaus hat die Gemeinde Wien im Jahre 1960 20 Millionen Schilling bereitgestellt. Dieses wichtige Projekt bezeichnet er als den Kernpunkt der gegenwärtigen Gesundheitspolitik. Nachdem seit mehr als einem Menschenalter vom Neubau des nunmehr fast 180 Jahre alten Allgemeinen Krankenhauses gesprochen wurde, ist jetzt der Zeitpunkt der Realisierung gekommen. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Nun gilt es, in rascher sachlicher Zusammenarbeit die letzten Unklarheiten zu beseitigen.

Er ist der Meinung, daß die Errichtung einer Station für Gehirnverletzte im Rahmen der Klinik Hoff notwendig sein wird.

Der Referent regt die Schaffung einer internen Auffangstation an, in der ein ärztliches Team mit den üblichen ambulanten Untersuchungsmethoden die Spitalsbedürftigkeit der eingelieferten Patienten festzustellen hätte. Behandlungsbedürftige Fälle werden aufgenommen, weiter durchuntersucht und sofort ärztlich versorgt. Sobald es ihr Zustand zuläßt, werden sie in das zuständige Bezirksspital verlegt. Dieses interne Auffangspital soll möglichst zentral errichtet werden. Dafür würde sich die Wiener Poliklinik in besonderer Weise eignen, wenn der bombengeschädigte und abgetragene Teil für dieses Zweck neu ausgebaut würde. Es wäre aber auch denkbar, ein anderes bereits vorhandenes Objekt für diesen Zweck zu adaptieren. Durch die Errichtung einer internen Auffangabteilung wird zweierlei erreicht: es wird einerseits in Hinblick vermieden werden, daß ernstlich erkrankte Patienten von einem Spital zum anderen fahren müssen, bis sie endlich Aufnahme finden und andererseits soll diese Maßnahme zu einer rigoroseren Aufnahmekontrolle in unseren Spitälern beitragen.

In einem Symposium der Weltgesundheitsorganisation über das moderne Krankenhaus führte er weiter aus, wurde zur Linderung der Bettennot, die ja auch anderen Großstädten zu schaffen macht, folgendes empfohlen: Um die Patienten vorzeitig entlassen zu können, übernimmt vorerst noch das Spital die medizinische Betreuung beziehungsweise Nachbehandlung der Patienten auch in deren Heim.

Damit soll den freien Ärzten keineswegs Konkurrenz gemacht werden. Handelt es sich doch nur um Patienten, die sonst sowieso im Krankenhaus verbleiben müßten. Auch gilt diese Maßnahme nur für den Fall, daß der zuständige praktische Arzt, bezw. Facharzt nicht selbst in der Lage ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Der Referent empfiehlt, diesen Vorschlag der Weltgesundheitsorganisation zu überprüfen.

Die Bettennot steht mit der Veränderung unserer Bevölkerungsstruktur im Zusammenhang. Es ist den medizinischen Fortschritten zu verdanken, daß das Durchschnittsalter der Menschen höher wurde und wir heute schon elf Prozent mehr Siebzigjährige haben als vor dem Kriege. Mit dem steigenden Prozentsatz, den unsere alten Mitmenschen innerhalb der Gesamtbevölkerung ausmachen, steigt die Belastung unserer Spitäler in doppelter Hinsicht. Die rund 6.200 Plätze in den Altersheimen, sagte er, über die wir zur Zeit verfügen, reichen zur Aufnahme der alten Leute nicht mehr aus. So kommt es, daß viele chronisch erkrankte Menschen, die an sich in das Altersheim gehören würden, noch in den Spitälern liegen und Spitalsbetten blockieren, die für akute Fälle gebraucht würden. Man sollte auch, meinte er, private Organisationen, die sich mit der Pflege von alten Personen beschäftigen, moralisch und finanziell unterstützen und ihre Existenz sichern, wie zum Beispiel das Haus der Barmherzigkeit.

Zur Situation in den Heil- und Pflegeanstalten, bemerkte er, daß auch in diesen Anstalten sich in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres ein Steigen der Aufnahmezahlen gezeigt hat. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf ein Steigen der Fälle von Altersschwachsinn zurückzuführen.

Für das kommende Jahr ist der Anschluß des Pavillon VII sowie des Pavillon XI an die Fernheizung in Aussicht genommen. Hiemit ist nahezu die Hälfte aller Pavillons modernisiert und der neuen Fernheizung angeschlossen. Der Ausbau des Fernheiznetzes soll im kommenden Jahr weiter fortgesetzt werden, daneben aber bereits mit den Vorbereitungsarbeiten für den Anschluß des Heizsystems der Anstalt an die Müllverbrennungsanlage begonnen werden. In den baulich neugestalteten Pavillons werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kredite moderne medizinische

Apparate, neue Einrichtungsgegenstände und Möbel angeschafft
In die Kompetenz des Anstaltenamtes fällt auch der Rettungs-
und Krankenbeförderungsdienst.

Wie aus der bisherigen monatlichen Statistik zu ersehen ist, ergibt die Gegenüberstellung der Leistungen des Jahres 1958 mit den voraussichtlichen Ziffern des Jahres 1959 beim Rettungsdienst ein leichtes Steigen, wogegen der Krankenbeförderungsdienst einen geringen Rückgang an Transporten aufweist. Mit den im Budget 1959 genehmigten Mitteln konnte nach Durchführung der nötigen Adaptierungsarbeiten die vorgesehene Aufstellung einer ortsfesten Funkstelle auf einem der Türme des Arsenalen erfolgen und in Betrieb genommen werden. Sechs weitere **Ambulanzwagen** wurden in diesem Jahr angekauft. Für das Jahr 1960 ist weiters eine Vermehrung der Touren vorgesehen. Die weitere Zunahme der Ausfahrten, aber auch das sprunghafte Steigen des Straßenverkehrs, wodurch die Inanspruchnahme des Vorranges durch die Fahrzeuge des Rettungsdienstes immer mehr illusorisch wird, und eine Verlängerung der Fahrzeiten verursacht, machen eine Vermehrung notwendig.

Bei dieser Gelegenheit verweist er auf verschiedene Pressemeldungen, die über einen "Rettungskrieg" lanciert wurden. Er ersucht die Presse, bei Meldungen über das Gesundheitswesen vor allem mit der zuständigen Gesundheitsbehörde **informative** Rücksprache zu halten, um die Bevölkerung nicht durch Nachrichten, die manchmal irreführend sein können, unnötig zu beunruhigen.
(Beifall der ÖVP)

In den Erziehungsheimen weiterhin wurden auch im vergangenen Jahr umfangreiche Investitionsarbeiten durchgeführt.

Stadtrat Dr. Glück bezeichnet es als begrüßenswert, dass es gelungen ist, die Verträge für unsere Spitalsärzte ganz wesentlich zum Vorteil für unsere kranken Mitbürger zu verlängern. Die Anstellungen von derzeit 17 Fachärzten für Anästhesie stellt eine ganz gewaltige Verbesserung und einen grossen Fortschritt dar. Daß verschiedene Gruppen von Ärzten ein fixes Vertragsverhältnis bekommen, meint er, war gewiss ein Vorteil für die Ärzte, war aber eine Notwendigkeit, die einfach nicht mehr zu umgehen war. Wahrscheinlich wird es auch in nächster Zeit notwendig, in verschiedenen Spezialabteilungen die Ärzte in ein Vertragsverhältnis einzubeziehen. Er lehnt entschieden die Ansichten ab, daß manche Ärztevertreter ihr Berufsethos vermissen lassen. (Beifall ÖVP)

Als das brennendste Problem im Zusammenhang mit den Spitälern und Anstalten bezeichnete er den Mangel an Schwestern. Keine Kobaltkanone und kein neuer Röntgenapparat, sagte er, den wir für unsere Spitäler kaufen, kann die Krankenschwester ersetzen. Sie ist das Herz des Krankenhauses und ist heute mehr als eine mechanische Arbeitskraft. Er schätze den Wert der Verwaltungsarbeit der B-Beamten am Schreibtisch hoch ein. Er ist der Überzeugung, daß die Arbeit der Krankenpflegerinnen von der Operationsschwester bis zur Saalschwester hinsichtlich Ausbildung und Verantwortlichkeit den Verwaltungsbeamten gleichzustellen ist. Es ist daher ein Erfordernis der Zeit, den veränderten Umständen Rechnung zu tragen und den Schwestern den Status der B-Beamten zu verleihen bzw. durch Sonderbegünstigungen unserer Schwestern dasselbe zu erreichen. In der sozialen und in der Folge auch finanziellen Aberkennung sieht er die erste und beste Maßnahme in dem unaufschiebbaren Bemühen, mehr junge Mädchen für den Dienst am Krankenbett zu gewinnen.

Eine zweite Maßnahme zur Erreichung desselben Zieles besteht darin, daß wir unsere Maturantinnen für die Krankenpflege interessieren müssen. Er ist der Ansicht, daß in unseren Schwesternschulen eigene Maturantinnenklassen mit einer verkürzten Ausbildungszeit geschaffen werden müßten. Eine weitere Maßnahme zur Förderung des Schwesternnachwuchses besteht darin, zu sorgen, daß die Schwestern ähnlich wie in der Schweiz und in anderen Ländern in der Nähe der Krankenhäuser familiengerechte Wohnungen bekommen.

Die Zahl der Mutterberatungsstellen des Wohlfahrtsamtes beträgt in Wien 53, die Zahl der Mutterberatungsärzte 37. Diese Stellen funktionieren ausgezeichnet und leisten Hervorragendes. Daneben nun die Schwangerenberatungsstellen. Nach jahrelangem Bemühen ist es Vizebürgermeister a. D. Weinberger gelungen, erst heuer und zwar am 1. April 1959 12 Schwangerenberatungsstellen durchzudrücken. Dabei ist es völlig klar, daß die Vorzüge eines Wohlfahrtsstaates nicht erst bei der Geburt, sondern schon beim Ungeborenen zu beginnen haben. Wie sehr wir mit dieser Behauptung Recht haben, zeigt die Säuglingssterblichkeit. Trotz bestens funktionierender Mutterberatungsstellen ist die Säuglingssterblichkeit im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten unerfreulich hoch. In diesem Jahr beträgt sie 37 auf 1000. Das Fehlen einer gut funktionierenden Schwangerenberatung erklärt diese Zahl.

Ein weiterer Ausbau dieser unbedingt notwendigen Stellen könnte hier einen Wandel schaffen. Man kann einwenden, es gibt in Wien genug Spitäler mit Ambulanzen, wo schwangere Frauen mit Recht bestens beraten und durchuntersucht werden. Ganz abgesehen davon, daß derselbe Einwand auch für die Säuglingsberatungsstellen zutrifft, stimmt es nicht. Die Erfahrung zeigt, daß ein sich gesundühlender Mensch wesentlich weniger gern in ein Krankenhaus geht als in eine Beratungsstelle. Die schwangere Frau ist keine Patientin, sondern in den weitaus meisten Fällen ein gesunder Mensch. Weiterer Ausbau der Schwangerenberatungsstellen, die bisher so stiefmütterlich behandelt wurden, ist eine unbedingte Forderung, wobei ich der Meinung bin, daß diese Beratungsstellen in den ohnehin vorhandenen und wenig ausgenützten Räumen der Mutterberatungsstellen leicht Platz finden und auch dorthin und nur dorthin gehören.

Ein weiterer Voranschlag ist die Einführung eines sogenannten Schwangerenbuches. In diesem kleinen Büchlein, das bereits bis ins Detail ausgearbeitet wurde, werden der schwangeren Frau verschiedene Untersuchungen empfohlen. Der die Frau behandelnde Arzt oder das Fachambulatorium oder die Schwangerenberatungsstelle muß das Ergebnis der verschiedenen Untersuchungen eintragen. Diese harmlose und wenig Kosten verursachende Maßnahme könnte ganz wesentlich dazu beitragen, Erkrankungen zu erkennen, die während der Schwangerschaft auftreten.

Zum Seuchenreferat: Der im allgemeinen gutartige Verlauf bei an Scharlach und Diphtherie Erkrankten hat gottlob angehalten. Ein Anliegen aber, das unbedingt die größte Unterstützung bei allen zuständigen Stellen verdient, ist, die von Vizebürgermeister Weinberger im Vorjahr eingeführte Poliomyelitisschutzimpfung auf noch breiterer Basis als bisher durchzuführen. Von den 289.000 Angehörigen der aufgerufenen 18^{ten} Jahrgänge wurden bisher 91.000, das sind 31.5 Prozent, erfaßt. Mit diesen Zahlen können wir uns nicht zufrieden geben. Durch Propaganda, vor allem aber mit Hilfe der Tagespresse und in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde hoffe ich diese an sich zwar sehr erfreuliche, aber zu geringe Zahl der Geimpften erhöhen zu können. Ein Erfolg durch diese Schutzimpfung kann bereits jetzt eindeutig festgestellt werden.

Ein weiteres Referat umfaßt den schulärztlichen Dienst. Gründliche Durchuntersuchung unserer schulpflichtigen Jugend soll helfen, späteres Siechtum und Arbeitsunfähigkeit zu verhüten. Auf der einen Seite steht also die große Bedeutung des Schularztes, auf der anderen Seite die Tatsache, daß diese verantwortungsvollen Ärzte täglich vormittags zwei Stunden beschäftigt werden, wobei die Praxis nicht im selben Bezirk der Schule sein soll, mit anderen Worten: lange Anfahrtszeit. Zwei Stunden hastige Arbeit, lange Rückfahrt und dafür im Monat eine Bezahlung von durchschnittlich 970 bis 1.000 Schilling. Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich diesen Zustand kritisiere. Es wäre zu erwägen, die Beschäftigungszeit der Schulärzte von täglich zwei Stunden auf drei Stunden zu erhöhen. Wir würden damit gleich zwei Dinge erreichen. Erstens könnte sich der Schularzt mit mehr Ruhe seiner wichtigen Tätigkeit widmen und zweitens wäre die Entlohnung bedingt durch die höhere Stundenzahl ein höherer Anreiz für die Ausübung dieses Dienstes.

Dieselbe Bedeutung wie den Schulärzten kommt auch den Schulzahnärzten zu. Im Oktober 1959 konnte die neue fahrbare Schulzahnklinik in Betrieb genommen werden, im Jahre 1960 werden zwei neue Einheitsgeräte eingesetzt. Im Schuljahr 1958/59 wurden fast 80.000 Kinder untersucht. 56.3 Prozent davon waren behandlungsbedürftig. Der Personalstand beträgt immerhin 77, wovon allein 30 Personen auf Ärzte entfallen. Trotz diesem gut funktionierenden Team ist der für dieses Referat verantwortliche Leiter lediglich als teilbeschäftigter Facharzt bei der Gemeinde Wien angestellt. Diese Regelung kann man nicht gut heißen.

Infolge des großen Fortschrittes und der Bedeutung, den die Kieferorthopädie in letzter Zeit erlangt hat, wird die Schulzahnpflege ohne Berücksichtigung orthopädischer Belange nicht mehr zeitgemäß sein. Die Gründung einer eigenen kieferorthopädischen Station muß in Erwägung gezogen werden.

Die Zahl der an Lungentuberkulose Erkrankten sinkt weiterhin langsam. Besonders stark hat die Zahl der Neuaufnahmen an aktiver Tuberkulose bei Kindern und Jugendlichen abgenommen. Sicherlich ist dieser erfreuliche Zustand zum größten Teil der

Schutzimpfung zu danken. Seit 1948 wurden über 250.000 Personen geimpft, darunter 70.000 Neugeborene. Für das Jahr 1960 ist die Fertigstellung von zwei neuen Tbc-Fürsorgestellen zu erwarten.

Ein Referat, das an Bedeutung ständig zunimmt, ist das Krebsreferat. In den vorhandenen sechs Untersuchungsstellen wurden im Jahre 1959 bis 31. Oktober an 390 Ambulanztagen 5.094 Personen untersucht. Hochinteressant ist das Ergebnis dieser Durchuntersuchungen. Bei 205 Kranken von den 5.094 Durchuntersuchten wurde ein Krebsverdacht, bei 413 Untersuchten eine vorkrebsige Erkrankung und bei 3.604 Personen anderweitige untersuchungs- und behandlungsbedürftige Erkrankungen festgestellt. Eine Vergrößerung der Zahl der Untersuchungsstellen, bzw. eine Vermehrung der Untersuchungstage in den vorhandenen Untersuchungsstellen scheint wegen der viel zu langen Wartezeit der angemeldeten Personen eine indirekte Forderung der Wiener Bevölkerung an ihre Stadtväter zu sein.

Abschließend erlauben Sie mir noch die Gelegenheit wahrzunehmen und meinem Vorgänger, Vizebürgermeister Weinberger, für die gewaltigen Leistungen, die unter seiner Führung und vielfach auf Grund seiner wertvollen Anregungen in diesem Ressort durchgeführt wurden, zu danken. (Beifall der ÖVP)

Ich habe mich bemüht, schloß Stadtrat Dr. Glück, Ihnen an Hand des Zahlenmaterials eine Skizze von der heutigen Situation unseres Gesundheitswesens zu geben. Ich habe mir erlaubt, auf die dringlichsten Aufgaben der Zukunft hinzuweisen. Ich bitte Sie, meine Vorschläge wohlwollend aufzunehmen. Ich hoffe, daß Sie den vorgeschlagenen Ansätzen meiner Gruppe Ihre Zustimmung erteilen (Beifall der ÖVP).

./.

Debatte über Gesundheitswesen

GR. Maller (KLS) stellt fest, daß seine Fraktion seit Jahren eine Reihe wertvoller Vorschläge auf dem Gesundheitssektor erstattet habe. Da diese leider noch nicht berücksichtigt wurden, müsse er wieder auf sie zurückkommen. So werden zum Beispiel zum Schaden der Patienten aus kleinlichen Motiven die Ambulanzen der Gemeindespitäler nicht entsprechend ausgenützt. Man läßt diese gut eingerichteten medizinischen Zentren einfach brach liegen, weil man verabsäumt hat, mit den Krankenkassen und der Ärzteschaft zu einer entsprechenden Vereinbarung zu kommen. Diese Maßnahme ist angesichts der überfüllten Warteräume der Kassenärzte und Kassenambulatorien unverständlich. Der Redner richtet die Frage an Stadtrat Dr. Glück, ob er bereit ist dafür zu sorgen, daß die Spitalsambulanzen wieder wie früher der hilfesuchenden Bevölkerung zur Verfügung stehen. Unbegreiflich sei es auch, daß man trotz der ungeheuren Überlastung der Unfallstation des Allgemeinen Krankenhauses im neu errichteten Unfallspital der Allgemeinen Unfallversicherung in Meidling ein Stockwerk wegen Unterbelag geschlossen hat. Auf der anderen Seite plant man aber die Errichtung einer dritten Unfallstation im Franz Josef-Spital, also in nächster Nähe des Meidlinger Unfallspitales.

Der Redner kommt sodann auf den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu sprechen. Er stellt fest, daß seit Jahren im Budget Mittel für diesen Bau angesetzt sind, die aber bisher nicht verwendet wurden. Er richtet an Stadtrat Dr. Glück die Frage, was er zu unternehmen gedenke, um die Vorarbeiten für den Bau des Allgemeinen voranzutreiben und eine weitere Verschärfung auf dem Spitalsbettensektor zu verhindern. Eine weitere Frage sei die, was mit den Beträgen geschehen ist, die in den vergangenen Jahren für die sogenannte erste, zweite und dritte Baurate für das Allgemeine veranschlagt waren.

Ein schweres Problem auf dem Gesundheitssektor sei auch der Personalmangel nicht nur bei den Schwestern, sondern auch bei den Fürsorgerinnen, den technischen Assistentinnen und letzten Endes auch bei Ärzten.

Die Qualität der Spitalspflege lasse heute da und dort schon zu wünschen übrig. Die Überlastung der Spitalsärzte habe sich verschiedentlich auch schon zum Schaden der Patienten ausgewirkt. Man müßte hier geeignete Maßnahmen finden, um genügend Ärzte für die Spitäler zu bekommen. Derzeit kommen auf einen Arzt schon 50 oder 60 Krankenbetten. Laut Bettenschlüssel sollten es nicht mehr als 30 sein. Der Redner kommt sodann auf die Unfallziffern der letzten Jahre zu sprechen. Groß sei die Zahl der tödlichen Gasunfälle. Im Jahre 1957 gab es in Wien 190 tödliche Gasunfälle und 244 Selbstmorde mit Leuchtgas. Darüber hinaus gab es noch viele Leuchtgasvergiftungen leichter und schwerer Art, von denen sich etliche nachteilig auf die weitere Gesundheit der Betroffenen auswirken. Der Redner stellt daher den Antrag, unverzüglich mit der Leitung der Wiener Stadtwerke in Verbindung zu treten, um die Entgiftung des Leuchtgases zu erwirken. Es gebe heute schon die technische Möglichkeit hierzu. Die Kosten, die nicht sehr hoch wären, müßten von der Stadtverwaltung getragen werden.

Der Redner sagt, er freue sich über den Erfolg der Impfung gegen die Kinderlähmung. Die Aktion müsse selbstverständlich fortgesetzt werden, da bisher leider nur eine Minderheit geimpft wurde. Der Redner bemängelt auch die unzureichende Werbung für die Impfkation. Er regt ferner an, das neue Mittel gegen Kinderlähmung, das in der Sowjetunion erprobt wurde, zu studieren.

GR. Maller stellte den Antrag, die unterschiedliche Zuteilung von Taschengeld in den Altersheimen zu beseitigen.

Abschließend bemerkt der Redner, er hoffe, daß der neue Stadtrat Dr. Glück den Mut hat, ein bißchen frischen Wind in das Gesundheitsamt zu bringen und sich sozusagen als Geburtshelfer eines neuen und besseren Abschnittes für das Wiener Gesundheitswesen zu betätigen. Die Haltung der Kommunisten wird sich nach den Taten des Stadtrates richten. Einstweilen müsse er jedoch die Ansätze zu diesem Kapitel ablehnen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) führt aus, die Unzufriedenheit über das Gesundheitswesen in unserer Stadt sei sehr groß. Am ärgsten ist der drückende Bettenmangel. Es wäre notwendig, hier etwas Entscheidendes zu tun. Der Redner schlägt vor, ein eigenes Spital für die alten Kranken zu errichten, oder wenigstens bestehende ./.

Spitalsabteilungen für diese Zwecke umzuorganisieren. Daneben sollten Rekonvaleszentenheime errichtet werden. Die Spitäler sollten eine Bettenreserve für dringende Fälle bereithalten und schließlich sollte ein Weg gefunden werden, damit die Krankenkassen auch für ihre Patienten entsprechend zahlen.

Nach einer Kritik der sanitären Zustände in den Wiener Spitälern wendet sich der Redner der Schwangerenberatung zu. Die Zahl dieser Beratungsstellen ist für eine Millionenstadt wie Wien viel zu gering. Zwar ist die Säuglingssterblichkeit gesunken, aber noch immer viel zu hoch. Es wäre Aufgabe einer eingehenden Beratung, die werdende Mutter auf die möglichen Gefahren für das Kind während der Schwangerschaft hinzuweisen. Auch sollten Brutkästen für Frühgeburten auf allen Säuglingsstationen zu finden sein.

Erfreulich sind die Ergebnisse der Kinderlähmungsimpfaktion. Man sollte mehr Werbung dafür machen.

GR. Dr. Schmidt spricht dann über das Ärzteproblem und macht für den Ärztemangel und die daraus sich ergebende Überbeanspruchung die schlechte Bezahlung verantwortlich. Ebenso drückend ist der Schwesternmangel, aber auch hier wird sich nichts ändern, solange die Schwestern nicht besser eingestuft werden, oder ihre Arbeitslast verringert wird. Der Redner begrüßt jedoch die Errichtung der Vorschule für soziale Frauenberufe, ebenso wie die Einrichtung der externistischen Pflegeschule.

Den "Rettungskrieg" bezeichnet er als eine beschämende Angelegenheit für Wien. Es wäre hoch an der Zeit hier eine Lösung zu finden. Diese Lösung sollte darin bestehen, die vorhandenen Einrichtungen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zu bringen.

Abschließend erklärt Dr. Schmidt im Namen seiner Fraktion, das Gesundheitswesen in Wien sei heute noch derart problematisch, daß diesem Kapitel leider die Zustimmung nicht gegeben werden könne.

Als nächster Debatteredner zum Kapitel Gesundheitswesen spricht GR. Prim.Dr. Eberle (ÖVP). Er beantwortet einleitend zwei Anfragen seines Vorredners, und zwar über die Spitalsambulatorien und über die geringe Ausnützung des Unfallkrankenhauses Meidling. Zur ersten Frage stellt er fest, daß die Spitalsambulanzen unter anderem auch wegen dem Ärztemangel nicht voll ausgenützt werden können. Ein anderes Hindernis hierfür sind auch die ASVG-Bestimmungen. Der Redner erinnert dann daran, daß er sich gegen den Bau des Unfallkrankenhauses ausgesprochen hat und die Errichtung einer solchen Anstalt in einem Gebiet am Stadtrand, wo es keine Spitäler gibt, befürwortete. Er beschäftigt sich im Verlauf seiner weiteren Ausführungen mit der Bettennot sowie mit dem Ärzte- und Schwesternmangel in den Wiener Spitälern und verlangt, man möge diese gordischen Knoten ohne Leidenschaft behandeln. Er benützt zugleich die Gelegenheit, um dem ehemaligen Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen Weinberger im Namen der Wiener Ärzteschaft seinen Dank auszusprechen. Seit dem Krieg ist eine lange Zeit vergangen, sagte er, und leider oder Gott sei Dank haben wir vieles vergessen. 1945 schien uns das Aufbauprogramm in unserem Gesundheitswesen schier aussichtslos. Weinberger hat aber aus einem Nichts sehr vieles gemacht, was wir anerkennen müssen. So ist es ihm vor allem gelungen zu verhindern, daß namhafte Wiener Ärzte ins Ausland gingen. Das Ressort Gesundheitswesen ist sicherlich ein sehr schwer zu leitendes Amt und erfordert umfassendes Wissen. Der Redner weist dann entschieden die Angriffe eines Teiles der Presse auf die Person des ehemaligen Gesundheitsreferenten ab.

GR. Prim.Dr. Eberle stellt dann fest, daß die Verhandlungen bei der Einstellung neuer Ärzte in den Wiener Spitälern, vor allem der Anästhesisten von Erfolg begleitet waren. Er bedauert, daß erst vor kurzem eine Wiener Narkoseärztin sehr hart verurteilt wurde und meint, man müßte auch die Ingenieure bei einem Versagen der Narkoseapparate verantwortlich machen. Zur Frage des Ärztemangels stellt er fest, daß in Österreich auf 501 Einwohner ein Arzt entfällt. Das ist das günstigste Verhältnis überhaupt. Er meint, man könne von keinem Ärztemangel sprechen, sondern von einer schlechten Verteilung der

Ärzte. In Wien habe man erst sehr spät erkannt, daß es von Vorteil ist, die Spitalsärzte vertraglich länger ans Krankenhaus zu binden. Man tat dies erst, als die Ärztenot sich bemerkbar machte.

Er beschäftigt sich dann mit der Tätigkeit der Rettungsärzte und verweist auf die Schwierigkeit ihrer Berufsausübung. Er begrüßt in diesem Zusammenhang, daß sich die österreichische Presse um die Gesundheit der Bevölkerung sehr annimmt. Er richtet aber zugleich an die Presse den Appell, sie möge sich immer nur an die Wahrheit halten und sich häufiger bei den zuständigen Stellen richtig informieren lassen. Er bittet, sie möge auch den Ärzten eine gute Presse sein. (Beifall ÖVP). Er will dabei nicht verschweigen, daß auch Ärzten Fehler unterlaufen können und bittet zu beachten, daß auch sie nur Menschen sind.

Zum Schulärztlichen Dienst erklärt er, daß die Schulärzte heute noch nicht das leisten können, was im Interesse der Kinder, der Eltern und der Schule notwendig wäre. Er glaubt, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben dem Schulärztlichen Dienst etwa 100 Millionen Schilling fehlen. Er stellt den Antrag, man möge die Beschäftigungszeit der Schulärzte von zwei auf drei Stunden wöchentlich erhöhen.

Der Redner kommt dann auf die Krankenpflegerinnen zu sprechen, deren Angelegenheiten er als ein komplexes Problem bezeichnet, daß ohne Zweifel auch sehr stark mit der heutigen Hochkonjunktur zusammenhängt. Er sei der Auffassung, daß Wien, so wie alle anderen westeuropäischen Städte diese Frage von der materiellen Seite her anschneiden müßte. Trotz Zulagen zum Gehalt seien unsere Krankenpflegerinnen noch immer schlecht bezahlt. Er bringt seinen vor einem Jahr im Gemeinderat vorgebrachten Antrag in Erinnerung, man möge die Schwestern als Maturantinnen einstufen und ein eigenes Gehaltsschema für Heilberufe schaffen. Im Zusammenhang weist er auch darauf hin, daß die Schwestern durch die Heranziehung zu Nebenarbeiten sehr belastet werden und ist der Meinung, man müßte mehr Bedienungspersonal in den Spitälern einstellen. Er begrüßt die Heranziehung der Stationshilfen, meint aber, daß diese noch lange keine Bedienerinnen sind. Was die Unterkunftsmöglichkeiten für Krankenpflegerinnen betrifft, erklärt der Redner, daß sie immer noch nicht ausreichend sind, anerkennt aber, daß von der Gemeinde Wien auf diesem Gebiet schon sehr viel gemacht worden ist.

Als völlig ungelöst dagegen bezeichnet er die Urlaubsfrage der Krankenpflegerinnen. Wenn eine Schwester auf Urlaub geht, sagt er, müssen die übriggebliebenen Krankenschwestern die Arbeit der Urlauberin übernehmen. Er begrüßt die neue Krankenpflegeschule für Erwachsene im Franz Josef-Spital, obwohl, wie er sagt, die Ärzte auch hier einige Bedenken anzumelden hätten. Abschließend zur Schwesternfrage gibt er der Meinung Ausdruck, man sollte für die Krankenpflegerinnen gewisse Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Er glaube, es wäre ohne weiters möglich, die Schwestern bei gewissen Operationen als Assistentinnen mitwirken zu lassen und damit ihr Einkommen zu verbessern.

Dr. Eberle kommt sodann auf die 45-Stunden-Woche zu sprechen. So sehr sie für den einzelnen Bediensteten zu begrüßen ist, mache sie den Krankenanstalten viel zu schaffen. Der Redner ersucht auch, jährlich für jede Krankenanstalt einen bestimmten Betrag für die Modernisierung und Ausgestaltung zur Verfügung zu stellen. Es werden in den Spitälern auch mehr Schreibkräfte und mehr technische Assistentinnen gebraucht. Zu erwägen wäre, ähnlich wie es bei den Flugzeugen und teils bei der Bahn die Stewardessen sind, für die Krankenanstalten Menschen einzusetzen, die sich um die Patienten kümmern. Die Bettennot sei nicht nur auf die Überalterung unserer Bevölkerung zurückzuführen, sondern auch darauf, daß Mann und Frau arbeiten und niemand Zeit hat, zu Hause einen Patienten zu betreuen. Im Spital stehen auch jederzeit ein Arzt, Pflegepersonal und die nötigen Medikamente zur Verfügung. Auf dem Gebiete der Schaffung von Alterskrankenhäusern, bzw. Alterskrankheitenabteilungen komme man nur langsam vorwärts. In Speising wäre jetzt ein Haus zu erwerben, das sich für diesen Zweck eignen würde. Wichtig wäre es, nicht nur Ärzte für Kinderkrankheiten, sondern auch Fachärzte für Alterskrankheiten zu haben. Zum geplanten Neubau des Allgemeinen Krankenhauses ist zu hoffen, daß man hier bald zu einer Einigung kommt, damit der Bau endlich in Angriff genommen werden kann. Man müsse unbedingt darauf achten, daß in diesem Spital keine großen Säle für die Patienten gebaut werden (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Der Redner kommt dann auf die Gesundenuntersuchung zu sprechen, deren Ausbau für die Gesundheit unserer Bevölkerung von großem Wert wäre. Ausgebaut müssen auch die Schwangeren-Beratungsstellen werden. Wenn sich jede schwangere Frau rechtzeitig und gründlich untersuchen läßt, sei damit eine Gewähr für eine gesunde Geburt und damit für eine geringere Säuglingssterblichkeit gegeben. Der Redner stellt den Antrag, daß sofort in allen Mutterberatungsstellen der Gemeinde Wien auch eine Schwangeren-Beratungsstelle eingerichtet wird. Großes Augenmerk müsse auch der Behandlung der Rheumakrankungen zugewendet werden. Die Krankheit verursacht viele tausend Stunden an Arbeitsausfall und macht die Menschen gebrechlich. Die Mütter wären noch mehr aufzuklären, wie wichtig es ist, wenn sie ihre Säuglinge rechtzeitig in ihrer Mutterberatungsstelle oder bei einem Arzt untersuchen lassen. Besonderes Augenmerk müsse auch der Bekämpfung des Alkoholismus, vor allem bei Jugendlichen, zugewendet werden. Von der Errichtung einer Trinkerheilstätte habe man leider nichts mehr gehört. Kümmern müsse man sich auch um die sogenannten Bluter. Vielleicht könnte man diese Menschen unter die Gruppe der Körperbehinderten einreihen. Der Frage des Lärmes, des Staubes und der Abgase müsse man Bedeutung beimessen. Der Redner ersucht Bürgermeister Jonas, den Sozialminister dazu zu veranlassen, das dringend notwendige Gesetz über die Lärm- und Abgasebekämpfung dem Parlament baldigst vorzulegen.

GR. Dr. Eberle stellt sodann den Antrag, das von der Gemeinde Wien erworbene fahrbare Röntgengerät für Reihenuntersuchungen in Großbetrieben einzusetzen. Es wäre schade, ein so teures und wertvolles Gerät nicht genügend auszunützen. An Stadtrat Bauer richtet er die Anfrage, ob er mitteilen kann, wie es mit dem Ausschanken der Schulmilch bestellt ist. Von Seiten der Eltern kamen in letzter Zeit Klagen, daß die Kinder nach dem Genuß der Schulmilch Verdauungsstörungen bekommen. Vielleicht wäre es möglich, zur Schulmilch ein Stück Brot oder Gebäck dazuzugeben. Eine weitere Bitte auf dem Schulsektor wäre eine Überprüfung der Turnsäle. Sie sollen sehr zugig und schlecht geheizt sein. Es käme dadurch zu Verkühlungen der Kinder.

Der Redner kommt sodann auf die Wichtigkeit der Impfungen, besonders der Kinderlähmungsimpfungen zu sprechen. ./.

Es müsse alles darangesetzt werden, über die gefährdetsten Altersgrenzen hinaus alle Kinder und Erwachsenen zu impfen. Die Eltern müßten auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß sich ein wirklicher Impfschutz erst nach der dritten Impfung einstellt. Für die anfallskranken Kinder ersucht der Redner ein der Gemeinde Wien gehörendes Haus, das verkauft werden soll, einzurichten. Es gebe wohl eine Abteilung für anfalls-kranke Kinder, doch können in ihr nicht alle Kinder unterge-bracht werden.

Abschließend stellt GR. Dr. Eberle fest, daß seine Fraktion den Ansätzen die Zustimmung geben werde.

GR. Stefanie Peschl (SPÖ) stellt fest, daß sie alle Vor-schläge, die auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gemacht werden, freudig begrüße, dienen sie doch dem Wohl der Wiener Bevölkerung. Auf dem Sektor der Lehrlingsheime könne man sagen, daß sie vorbildlich ausgebaut und modernisiert wurden. Auch in der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof und in Ybbs wurden um-fangreiche Erneuerungen durchgeführt. Der Wiederaufbau ist fast abgeschlossen, am Ausbau wird jedoch weitergearbeitet. Das Problem der Altersheime bedürfe sicherlich noch einer Lösung. Während früher in den Altersheimen von 100 Aufgenommenen 84 gesund waren, sind heute von 100 Aufgenommenen 84 bis 86 krank. Das Altersheim ist heute in seiner Funktion eigentlich ein Altersspital und dadurch entstanden verschiedene Engpässe. Die Stadtverwaltung sei jedoch ständig um eine Lösung bemüht. Viel geleistet wurde auf dem Gebiete der Fondskrankenanstalten. Es handelte sich hier um alte Spitäler, die vielfach noch dazu im Krieg zerstört oder beschädigt wurden. Für den Wiederaufbau der städtischen Spitäler und der sogenannten Fondskrankenanstalten wurden von 1946 bis Ende 1958 348,3 Millionen Schilling aufge-wendet, für Inventaranschaffungen 271,8 Millionen Schilling. Zum viel diskutierten Spitalsbettenmangel ist zu sagen, daß es gewisse Spitzenzeiten gibt, in denen die Not an Spitalsbetten besonders groß ist. Im Winter sind die Menschen viel anfälliger und besuchen mehr die Krankenhäuser.

Außerdem gibt es etliche Patienten, die in den Spitälern während des Winters sogenannte Stammkundschaften sind. Am Spitzenbedarf während der Hochsommermonate sind die vielen Verkehrsunfälle schuld und der Umstand, daß einzelne Abteilungen während der Sommermonate renoviert werden müssen. Zu all diesen Dingen kommt noch, daß auf 100 Wiener 17 Nichtwiener in den Spitälern liegen. Das soll lediglich eine Feststellung, keine Kritik sein. Die Stadt Wien sei stolz, daß ihre Spitäler einen so guten Ruf besitzen. Auf die Bettennot wirke sich jedoch der Belag durch Nichtwiener ebenfalls aus. Die Rednerin bezeichnet es daher als besonders erfreulich, daß heuer der Grundstein zum Erweiterungsbau des Wilhelminenspitales gelegt werden konnte.

Sie kommt sodann auf den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu sprechen. Bereits im Jahre 1954 wurden darüber die ersten Verhandlungen geführt. Man kam auch verhältnismäßig bald zu einer finanziellen Einigung. Es sei umso bedauerlicher, daß sich nun die Ärzte nicht einigen können. Das Raumprogramm wurde einer Korrektur unterzogen und soll bis zum 15. Jänner 1960 unterbreitet werden. Es ist also zu hoffen, daß mit dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses bald begonnen werden kann.

GR. Stefanie Peschl wandte sich gegen den FPÖ-Debatte- redner, der, wie sie sagt, viel zu neu in diesem Haus ist, als daß er so überheblich reden dürfte.

Der Pflegerinnenmangel sei kein Wiener Problem, sondern herrsche in ganz Europa. Wir müssen daher viele Wege gehen, um dieses Problem zu lösen. Die Rednerin wehrt sich in diesem Zusammenhang dagegen, daß die Pflegerinnen der Altersheime im Wahlprogramm der ÖVP diffamiert werden.

Was die Angleichung des Kostgeldes in den Altersheimen betrifft, so wird in der nächsten Sitzung des Wiener Gemeinderates ein diesbezüglicher Antrag vorgelegt werden.

Abschließend erklärt die Sprecherin der Sozialisten, daß ihre Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe V zustimmen werde. (Beifall bei der SPÖ).

In seinem Schlußwort dankt Stadtrat Dr. Glück allen Debatte- rednern für ihre Stellungnahmen und ihre Anregungen.

Er freue sich besonders, daß GR. Dr. Eberle seine Anregungen, die er in seinem Referat gegeben hat, positiv beurteile.

Zu den Ausführungen von GR. Maller sagt der Referent, daß es auf dem Gebiet des Gesundheitswesens immer Probleme geben werde, weil sich auch die moderne Wissenschaft immer weiterentwickelt. Die Verwechslung der Narkosegase im Franz Josef-Spital war ein sehr bedauerlicher Zwischenfall. Aber Irrtümer und Fehler werden sich immer ereignen. Unser Bestreben kann es nur sein, diese Fehler auf das mögliche Minimum einzuschränken.

Über den "Rettungskrieg" sagt der Referent, daß sich beim Roten Kreuz in der nächsten Zeit organisatorische Änderungen anbahnen, die eine wesentliche Einschränkung, vielleicht sogar eine Stilllegung der Tätigkeit des Roten Kreuzes auf Wiener Boden zur Folge haben können. Wir werden bestrebt sein, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, die "Touren" beim städtischen Rettungsdienst zu vermehren.

Die Anträge der Kommunisten als auch die Anträge der ÖVP ersucht Stadtrat Dr. Glück den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zuzuweisen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 5. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die Anträge der KLS und der ÖVP werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen. Die Anfrage der ÖVP wird, wie der Vorsitzende GR. Dr. Ing. Hengl mitteilt, dem Bürgermeister zur Beantwortung übermittelt werden.

- - -

6. Hauptstück: Bauangelegenheiten

=====

Hierauf beginnt Stadtrat Heller mit seinem Referat über die Ansätze der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten. Er weist zu Beginn seiner Ausführungen auf die Schwierigkeiten hin, die durch die vorhandene konjunkturbedingte Anspannung auf dem Arbeitsmarkt entstanden sind. Die Konjunktur im Bauhaupt-, vor allem aber in den Baunebengewerben, hat ein Ausmaß erreicht, das nach seiner Ansicht eine übergeordnete Koordination zumindest der öffentlichen Bau-träger unbedingt notwendig macht. Der Wunsch nach Anwerbung ausländischer Arbeiter kann dieses Problem nicht lösen, denn zu den in Österreich bezahlten Löhnen und unter den in Österreich vorhandenen sonstigen Bedingungen ist heute kein leistungsfähiger ausländischer Arbeiter in unser Land zu bringen. Die italienischen Bauerbeiter, die man früher sehr viel bei uns antraf, sind heute, sofern sie nicht im eigenen Lande beschäftigt werden, in der Schweiz und in Deutschland tätig und würden kaum dazu zu bewegen sein, ihre dortigen Stellungen aufzugeben und nach Österreich zu kommen.

Das Ablehnen jedweder übergeordneten Planung auf dem Gebiete der Bauwirtschaft hat uns viele Schwierigkeiten gebracht und auch viel Geld gekostet. Die Baukosten haben sich im Vergleich zum Jahre 1958 erhöht. Wenn dazu auch die Einführung der 45-Stunden-Woche beigetragen hat, für die die öffentlichen Auftraggeber im Februar dieses Jahres eine fünfprozentige Erhöhung der Baupreise anerkannt haben, so gehen jedoch die tatsächlichen Preiserhöhungen weit über diese fünf Prozent hinaus.

Die Gemeinde Wien ist daher nicht in der Lage, ungerechtfertigte Preiserhöhungen, die durch Preisabsprachen zustande kommen, widerspruchslos hinzunehmen.

./.

Obwohl wir seit Jahren einen harten Kampf gegen ungesetzliche Kartellbildungen führen, mußten wir auch in diesem Jahre wieder Preisabsprachen feststellen, die uns zu Gegenmaßnahmen zwangen. So hat zum Beispiel der Einbau von Badewannen in unsere Gemeindewohnungen und die damit zusammenhängende kontinuierliche Bestellung von einigen Tausend Badewannen jährlich nicht, wie man annehmen sollte, zu einer Herabsetzung der Preise, sondern eher zu einer Steigerung geführt und erst die Bestellung von zweihundert Badewannen im Ausland hat auf diesem Sektor wieder normale Verhältnisse geschaffen. Ähnlich erging es uns auch bei den Aufzügen. Auch hier wurde versucht, das vorhandene Monopol einiger Firmen geradezu schamlos auszunützen. Der Referent erklärt, daß wir nicht ruhen werden, bevor nicht auch auf diesem Gebiete Ordnung geschaffen ist.

Zur Ehre der übergroßen Zahl unserer Wiener Gewerbe- und Industrieunternehmungen muß aber gesagt werden, erklärt er, daß wir die besten Erfahrungen mit den Wiener Wirtschaftstreibenden gemacht haben, die sich immer wieder bemühen, für die Stadt gute Leistungen zu angemessenen Preisen zu erbringen.

Anläßlich meiner vorjährigen Budgetrede habe ich eine Reihe neuer Wege angekündigt, die zu gehen wir im vergangenen Jahre natürlich auch versucht haben. Zum Teil waren diese Wege von Erfolg begleitet, zum Teil hat uns die überhitzte Konjunkturlage einen Strich durch die Rechnung gemacht. Zum unternommenen Versuch, Wohnhausbauten durch Generalunternehmer aufführen zu lassen, sagt er, daß er leider vorläufig zurückgestellt werden mußte. Zu einem Bauvorhaben, das wir von einem Generalunternehmer ausführen lassen wollten, haben von sieben eingeladenen Wiener Großbaufirmen nur zwei ein Anbot gelegt. Die beiden Firmen haben sich zweifellos bemüht, und ich gebe ohne weiteres zu, daß ihre Angebote schärfstens kalkuliert waren. Trotzdem lagen ihre Preise 12 bis 15 Prozent über den Preisen, zu denen das Stadtbauamt derzeit Wohnungen errichtet.

Dagegen waren die Bestrebungen, die Bauzeiten im Hochbau zu verkürzen, erfolgreich. Die Durchschnittsbaudauer bei unseren Wohnhausbauten konnte um rund zwei Monate herabgesetzt werden.

Gewaltige Schwierigkeiten bereitet nach wie vor die Baulandbeschaffung, vor allem das Freimachen der zur Verbauung bestimmten Liegenschaften. Da das von allen Einsichtigen geforderte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz noch immer nicht zur Verfügung steht, treibt die Bodenspekulation nach wie vor ungeahnte Blüten. Wenn die Stadtverwaltung in ein bestimmtes Gebiet der Stadt eine Straße legen, einen Kanal oder irgendeine Versorgungsleitung herstellt, steigen automatisch an der gesamten Aufschließungsstrecke die Grundpreise und die Bevölkerung, mit deren Geldern diese Aufschließungsarbeiten durchgeführt werden, hat nunmehr für diese ihre Leistung auch noch höhere Grundpreise zu bezahlen. Mit diesen unhaltbaren Zuständen muß endlich Schluß gemacht werden.

Wir können auch auf die Dauer nicht Millionenbeträge für die Freimachung von Liegenschaften ausgeben. Im Jahre 1959 haben wir für 141 Freimachungsfälle 13.4 Millionen Schilling aufwenden müssen und derzeit werden in der Stadtbaudirektion noch 90 solcher Freimachungsfälle bearbeitet.

Unserem Verlangen nach endlich r Verabschiedung eines Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes wird entgegengehalten, es gäbe ohnedies gesetzliche Möglichkeiten zur Beschaffung von Bauland. Wir sind aber der Auffassung, erklärt Stadtrat Heller, daß 14 Jahre nach Kriegsschluß reichsrechtliche Bestimmungen für die Lösung derart wichtiger Fragen nicht verwendet werden sollten.

Auch das Assanierungsgesetz aus dem Jahre 1929 ist weitgehend abholt. Es geht jetzt nicht mehr darum, einzelne Baulücken, Baumasken, Ergänzungsflächen oder fehlende Straßenflächen bei mangelndem Verkaufswillen zu enteignen, sondern ganz allgemein darum, die Bauwilligen in die Lage zu versetzen, unbebaute Grundstücke, die baureif sind oder baureif gemacht werden können, auch gegen den Willen der Grundeigentümer gegen Entschädigung zu erwerben.

Das denkt niemand an eine Enteignung im wahrsten Sinne des Wortes. Der Grundeigentümer wird ja voll entschädigt, sei es durch Naturalleistungen oder mit Geld. Es wäre daher viel zweckmäßiger, nicht von Enteignung, sondern vielleicht von

Vermögensumwandlung zu sprechen.

Er kommt dann zum eigentlichen Voranschlagsentwurf für die Verwaltungsgruppe VI. Er sieht Ausgaben in der Höhe von 1.000,219.400 Schilling vor, denen Einnahmen in der Höhe von 133,095.400 Schilling gegenüberstehen. Die Ausgaben sind gegenüber dem Jahre 1959 um rund 115 Millionen Schilling gestiegen, das sind 12,8 Prozent.

Für die Erstellung des städtebaulichen Grundkonzeptes, für die dem Stadtplaner ein Zeitraum von drei Jahren eingeräumt wurde, sind natürlich umfangreiche Vorarbeiten erforderlich, an denen mit aller Energie gearbeitet wird. Die große Linie der baulichen Entwicklung beginnt sich in ihren generellen Grundzügen bereits abzuzeichnen.

Auch die räumlichen Entwicklungstendenzen gehen in das Gebiet links der Donau und in die südlichen und südöstlichen Gegenden der Stadt. Hier Klarheit in den grundsätzlichen Fragen der Planung schaffen, war eine der wichtigsten Aufgaben des Jahres 1959.

Als eine der Voraussetzungen für die Neuordnung des Stadtraumes bezeichnet er ein gut funktionierendes Verkehrssystem. Der in Arbeit befindliche Generalverkehrsplan soll dieses umfassende Konzept für die Straßenführungen und den Ausbau unserer öffentlichen Verkehrsmittel vorbereiten. Er bemerkt hierzu, daß viele unserer Bauvorhaben des letzten Jahres bereits Teile dieses Generalverkehrsplanes sind. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die immer dringender notwendig werdende Verlagerung des Naschmarktes, mit der sich die zuständigen Planungsstellen sehr beschäftigen. Es ist daran gedacht, Detailmärkte auf möglichst viele Stellen der Stadt aufzuteilen, den Großmarktbetrieb aber mit allen seinen Funktionen in das Gebiet von St. Marx zu verlagern. Die Vorarbeiten stehen bereits vor dem Abschluß.

Unter den vielen Assanierungsgebieten unserer Stadt nimmt der historisch wertvolle Teil des 1. Bezirkes naturgemäß eine ganz besondere Stellung ein.

Hier überschneiden sich die privaten Interessen des einzelnen Eigentümers vielfach mit den Interessen an der Erhaltung des historischen Stadtzentrums und es ist nicht zu leugnen, daß die Ansichten im Einzelfall oft sehr geteilt sind. Er erklärt, daß das Stadtbauamt keinesfalls für eine rücksichtslose Demolierung des historisch und baukünstlerisch wertvollen Baubestandes eintritt, sondern dessen Erhaltung für notwendig und richtig hält. Wenn aber der Bund mit dem Denkmalschutzgesetz alle erhaltungswürdigen Gebäude, die im öffentlichen Eigentum stehen, kraft Gesetzes unter Denkmalschutz stellt, meint der Referent, wird er sich auch dazu bequemen müssen, zu den Instandsetzungs- und Erhaltungskosten Beiträge zu leisten. Es ist zu wenig, den Abbruch eines Bauwerkes aus Gründen des Denkmalschutzes zu verbieten, ohne gleichzeitig die Mittel bereitzustellen, die über den Aufwand hinausgehen, der dem Hauseigentümer und den Mietern wirtschaftlich zumutbar ist. Er glaube auch, daß zur Erhaltung unserer Altstadt unter anderem auch eine Novellierung des auch in anderer Hinsicht verbesserungsbedürftigen Denkmalschutzgesetzes aus dem Jahre 1923 notwendig ist.

Neben diesem Spezialgebiet der Sanierung der Wiener Altstadt werden uns auch weiterhin die Assanierungsaufgaben in vielen Gebieten der Stadt beschäftigen. Denn niemand, der die Assanierungsgebiete von Wien besichtigt, kann sich der Erkenntnis verschließen, daß nur großzügige Lösungen in diesen Gebieten zielführend sind. Wir werden nicht davor zurückschrecken dürfen, zur Lösung dieser Fragen auch neue Wege zu beschreiten. Die bisherigen Lösungen sind gut, sie haben uns aber auch viel, sehr viel Geld gekostet. Er ist der Auffassung, daß es dabei der Mitarbeit weit größerer Kreise als bisher bedarf. Nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch die gemeinnützige Wohnungswirtschaft und die Privaten werden sich an der Assanierung beteiligen müssen.

Auch im abgelaufenen Verwaltungsjahr hat die Stadtverwaltung wieder einen großen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot geleistet. Bis zum Jahresende wird das Stadtbauamt rund 4.500 Wohnungen fertiggestellt haben.

Zu Beginn des Jahres 1959 hatten wir 8.500 Wohnungen im Bau und es ist uns gelungen, diesen Überhang auf ungefähr 7.300 Wohnungen herabzudrücken, mit dem wir nunmehr in das neue Jahr hinübergehen. Im Wohnbauprogramm 1959 wurde erstmalig der Versuch unternommen, von der bisher üblichen Bauweise abzugehen und einige Objekte in der Querwandbauweise auszuführen. Diese Bauweise erleichtert nämlich eine reichlichere Fassadengliederung, man kann durchgehende Loggienbänder anbringen und die Fensterflächen erstrecken sich vielfach über die ganze Raumbreite. Auch die Dachform haben wir etwas flacher gemacht. In der Farbgebung der Häuser ist ebenfalls eine gewisse Beruhigung eingetreten.

Die Wohnungsgrößen konnten im Jahre 1959 abermals hinaufgesetzt werden. Im normalen Wohnbauprogramm erreichen wir nunmehr eine Durchschnittswohnungsgröße von 55 Quadratmetern, im Wohnbauförderungsprogramm erhöht sich diese Durchschnittsgröße sogar auf 62 Quadratmeter. Es werden nunmehr Wohnungen bis zu einer Größe von 94 Quadratmeter gebaut.

Die einzelnen Wohnungstypen haben große Wohnräume, in den Wohnungen sind wieder Abstellräume vorgesehen, das Badezimmer hat eine direkte Belüftung und durch die Verbreiterung des Vorraumes wird die Unterbringung von Garderobeschränken ermöglicht. 92 freischaffende Architekten und zwei Mitarbeiter unserer eigenen Architekturabteilung waren im abgelaufenen Jahre mit der Planung unserer Wohnhausanlagen beschäftigt.

Nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Jahres 1959 wurde im Rahmen des kommunalen sozialen Wohnbauprogrammes mit dem Bau von 64.773 Wohnungen begonnen, 57.440 davon sind bereits fertiggestellt und 7.333 befinden sich in Bau. Sie wurden ausschließlich aus Gemeindemitteln errichtet. Die Stadtverwaltung verzichtet für ihre eigenen Bauvorhaben seit Jahren zugunsten der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen in Wien auf eine Finanzierungshilfe aus dem Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds.

... Mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wurden einige kriegszerstörte Objekte mit insgesamt 512 Wohnungen wiederhergestellt, 390 Wohnungen davon sind allerdings noch in Bau.

Derzeit liegen für ganz Österreich noch immer 1.386 Ansuchen mit einer Darlehenssumme von 4,778.000 Schilling im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau auf. Davon entfallen allein auf Wien 373 Ansuchen mit rund 2,9 Milliarden Schilling.

Im Rahmen der Wohnbauförderung nach dem Bundesgesetz vom Jahre 1954 haben wir im abgelaufenen Jahre 770 Wohnungen gebaut, 400 davon sind derzeit noch in Bau.

Die Neue Wiener Wohnbauaktion hat in einer verhältnismäßig kurzen Zeit bereits den Bau von 1.805 Wohnungen gefördert.

Wir werden auch weiterhin alle Fragen des zeitgemäßen Wohnens unsere größte Aufmerksamkeit zuwenden. Alle neuen Baustoffe und Bauteile, die uns angeboten werden, werden beurteilt und, wenn sie Erfolg versprechen, auch ausprobiert.

Die Gemeinde Wien hat schon seit langem im sozialen Wohnungsbau die industrielle Vorfertigung zahlreicher kleinerer Elemente mit bestem Erfolg durchgeführt. Sie verfolgt seit Jahren die Entwicklung der Vollmontagebauweisen im Ausland mit größter Aufmerksamkeit, um sich für den Fall der Einführung anderswo gemachte Erfahrung zunutze zu machen.

Im Voranschlag für den Wohnhausbau im nächsten Jahre sind 530 Millionen Schilling vorgesehen. Wir haben die Absicht, wieder rund 4.500 Wohnungen selbst zu bauen. Zu den in Aussicht genommenen Bauvorhaben gehören unter anderem die Fortsetzung der Assanierung in Erdberg und Alt-Ottakring. Aus Wirtschaftlichkeitserwägungen haben wir auch versucht, im Wohnbauprogramm 1960 in erster Linie größere Flächen zur Verbauung heranzuziehen, so die Altmannsdorfer Straße in Inzersdorf.

Als weiteren Fortschritt haben wir in diesem Jahre einige Wohnhausanlagen mit Zentralheizungen ausgestattet, so zum Beispiel die große Wohnhausanlage auf dem Gelände des ehemaligen städtischen Reservegartens, die Wohnhausanlage am Eisenstadtplatz, die Wohnhäuser im Assanierungsgebiet von Alt-Ottakring, die Wohnhausanlage Klosterneuburger Straße-Adalbert Stifter-Straße in der Brigittenau, das Hochhaus am Machplatz, und die drei 13geschossigen Sternhäuser in der Schüttaustraße.

Unsere Winterbaumaßnahmen im Winter 1958/59 - sieben Winterbauhallen und eine Unmenge von Thermoblocgeräten - haben es ermöglicht, die Arbeiteranzahl auf städtische Wohnbauten auf 95 Prozent der während der übrigen Jahreszeit durchschnittlich Beschäftigten zu erhalten. Auch für die Winterperiode 1959/60 ist die Durchführung eines Winterbauprogrammes vorbereitet. Es werden rund 80 Thermoblocs und zehn Winterbauhallen eingesetzt werden.

Im kommenden Jahre werden noch mehr als bisher auch Heimstätten für alte Menschen errichtet. Unsere bisher errichteten Heimstätten haben in der ganzen Welt Anerkennung gefunden und werden fast überall in Europa nachgeahmt.

Der Redner bedauert, daß wir auch in diesem Jahre mit dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses nicht beginnen konnten. Er beschäftigt sich dann ausführlich mit dem Verlauf der Planungsarbeiten. Die endgültige Entscheidung über das Programm und den durchzuführenden Architekturwettbewerb obliegt sodann dem Spitzenausschuß, der voraussichtlich Mitte Jänner wieder zusammentreten wird. Die Bauleitung hat bereits eine Reihe wichtiger Vorarbeiten geleistet. So wurden alle Pläne für den Architekturwettbewerb vorbereitet, Bodenuntersuchungen wurden angestellt und Modellaufnahmen und Luftbilder hergestellt. Er unterstreicht das große Interesse der Stadtverwaltung an der raschen Durchführung dieser Arbeiten. Das Stadtbauamt wird sich im kommenden Jahr neben den Vorbereitungsarbeiten für das neue Allgemeine Krankenhaus vor allem mit dem Krankenhausneubau auf dem Gelände des Wilhelminenspitales und mit Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten in den bestehenden Krankenhäusern zu beschäftigen haben.

Verkehrsbauten: Das tägliche Ansteigen der Kraftfahrzeuge - in Wien sind bereits 116.963 PKW, 25.710 LKW und 86.429 Krafträder und Mopeds im Verkehr - stellt gemeinsam mit der Änderung der Verkehrsstruktur unserer Stadt die Stadtverwaltung vor besonders schwierige Aufgaben. Für das Jahr 1960 sind 183 Millionen Schilling für den Straßenbau vorgesehen, das sind um 41 Millionen Schilling oder 28.8 Prozent mehr als im Jahre 1959.

Der Generalverkehrsplan sieht vor, besonders an den Brennpunkten des Straßenverkehrs Lösungen auf lange Sicht durchzuführen. So wurde im Jahre 1959 das Verkehrsbauwerk am Südtirolerplatz fertiggestellt. Desgleichen wurde die wichtige Kreuzung Gürtel - Alserstraße - Jörgerstraße und Hernalser Hauptstraße - Wattgasse verbessert; mit dem Umbau der Kreuzung Gürtel - Josefstädterstraße - Uhlplatz wurde begonnen. Der Gürtel entwickelt sich immer mehr zu einer wichtigen Ringschnellverbindung für die radialen Verkehrsströme. In diesem Jahr konnten auch die langjährigen, schwierigen Verhandlungen über den Erwerb und die Freimachung jener Liegenschaften abgeschlossen werden, die zur Verbindung des inneren Gürtels im Abschnitt zwischen Gumpendorfer Straße - Mollardgasse benötigt werden. Mit dem Beginn der Straßenbauarbeiten kann nach der Errichtung von Ersatzobjekten und der Abtragung der alten dort befindlichen Baulichkeiten, voraussichtlich im Jahre 1961, gerechnet werden. Für den Abschnitt des Gürtels zwischen Eichenstraße und Südtiroler-Platz, mit der Herstellung der zweiten Ausbaustufe des Matzleinsdorfer Platzes, liegen bereits Entwürfe vor, die noch mit dem Projekt der Schnellbahn und mit dem Umbau der Südbahnbrücke über die Triester Straße abgestimmt werden müssen. Damit wäre der Gürtel von Döbling bis Simmering voll ausgebaut. Für die Verlängerung des Gürtels nach Norden wurde die generelle Planung der großen Brückenverbindung zwischen Lichtenorderplatz und Adalbert Stifter-Straße über das Gelände der Franz Josefs-Bahn und den Donaukanal ausgearbeitet. Der Ausbau des Flötnersteiges, als wichtigen Zubringer zur Westeinfahrt der Autobahn und seine zügige Einbindung in eine leistungsfähige Straße zum Gürtel ist in Vorbereitung.

Damit ist aber bereits ein Problem angeschnitten, das einer dringlichen Lösung bedarf. Beim geplanten Schnellstraßennetz in Wien handelt es sich um ein System der radialen und tangentialen Verbindungen, der derzeit am Stadtrand endenden Bundesstraßen untereinander.

Gemäß eines Bundesverfassungsgesetzes obliegt dem Bund die Obsorge der für den Durchzugsverkehr wichtigen Straßen. Es geht auf die Dauer nicht an, erklärt der Referent, daß von dem rund 1.800 Kilometer umfassenden Wiener Straßennetz nicht einmal 15 Kilometer Bundesstraßen sind, obwohl die Länge des Bundesstraßennetzes in Österreich 9.603 Kilometer beträgt. Die bisherige krasse Benachteiligung Wiens ist mit dem Grundprinzip der völligen Gleichstellung aller Bundesländer völlig unvereinbar.

Ein besonderes Kapitel im städtischen Verkehr bilden die niveaugleichen Kreuzungen zwischen Straße und Eisenbahn. Im Stadtbereich bestehen 112 schienengleiche und 200 schienenfreie Kreuzungen dieser Art. Heuer ist es gelungen, eine Reihe von Straßenübergängen im 12. und 13. Bezirk zu verbessern. Außerdem wurden die Engpässe der Altmannsdorfer Straße und der Hetzendorfer Straße unter der Südbahn umgebaut.

Im Jahre 1960 soll auch die Brücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße saniert werden. Weitere unzählige Kreuzungssanierungen bringen bedeutende finanzielle Belastungen für die Stadt mit sich.

Der Referent bedauert, daß der Autobahnbau in Wien im abgelaufenen Jahre seitens des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau nicht jene Unterstützung gefunden, die wir als gleichberechtigtes Bundesland verlangen können und müssen. Hat es vorerst eines mehrjährigen Kampfes bedurft, um Wien eine direkte Westeinfahrt der Autobahn zu sichern, so glaubt man damit genug getan zu haben um auf den Ausbau der Autobahneinführungen in Wien verzichten zu können. Vor allem in der Frage der Finanzierung der Autobahneinführung im Westen hat sich die ablehnende Haltung des Bundes leider wesentlich versteift. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen ist der Bund nur bereit, die Westeinfahrt der Autobahn von der Stadtgrenze bis zum Auhof zu bezahlen, während für die Finanzierung der Weiterführung in das Stadttinnere keine Zusagen erreicht werden konnten.

./.

Das ist um so unverständlicher, erklärt Stadtrat Heller, weil ja jedermann weiß, daß das Verkehrsaufkommen in Wien bedeutend größer ist als auf den Überlandstrecken der Autobahn. Die ablehnende Haltung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau gegenüber Wien geht sogar so weit, daß mir der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau anlässlich der letzten Besprechung über den Autobahnbau allen Ernstes mitteilte, er könne eventuelle Autobahnbrücken in Wien nur zweispurig ausbauen. Wenn man bedenkt, daß die Autobahnbrücken in allen übrigen Bundesländern selbstverständlich in der vollen Breite gebaut werden, und wenn man weiß, was derartige Flaschenhälse für den Verkehr bedeuten, dann kann man diese Absicht des Bundes nur als Ungeheuerlichkeit bezeichnen und ich muß schon heute den gesamten Gemeinderat dazu aufrufen, uns die nötige Unterstützung bei den künftigen Verhandlungen über den Autobahnbau in Wien nicht zu versagen.

Sind es bei der Westeinfahrt in erster Linie finanzielle Differenzen, so bestehen bei der Südeinfahrt seit neuestem, obwohl der Bund unseren generellen Planungen auch für diese Strecke bereits im Oktober 1958 zugestimmt hat, auch Differenzen hinsichtlich der Trassenführung. Wir verlangen, erklärt der Stadtrat, daß die Autobahnführungen im Raume Wien einem Gesamtkonzept folgen und daß dieses Gesamtkonzept auf die Interessen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten Wiens Rücksicht nimmt. Die direkte Einführung der Autobahn in die Triester Straße, wie sie nunmehr auf Grund einer Intervention Niederösterreichs vom Handelsministerium vorgeschlagen wird, ist keine befriedigende Lösung. Ebenso ist ein Autobahnring außerhalb des Stadtgebietes abzulehnen.

Er kommt dann auf das Wiener Verkehrskonzept zu sprechen. Die bestehenden Stadtstraßen sollen nicht zusätzlich belastet werden, sie sollen im Gegenteil durch zusätzliche leistungsfähige Schnellstraßen ergänzt und entlastet werden. Aus einem Teil des Wiener Gesamtkonzepts ergibt sich im Süden die tangentielle Führung der Südautobahn, die durch Anschlüsse an die Triester Straße - Laxenburger Straße - Favoritenstraße - Laaer Berg-Straße - Simmeringer Hauptstraße - Kaiser-Ebersdorfer Straße und die geplante Donaukanal-Schnellstraße eine fächer-

förmige Verteilung des Verkehrs ermöglichen soll.

Die Stadt Wien sieht in der Durchführung eines solchen Projektes keine Benachteiligung Niederösterreichs. Es erscheint im Gegenteil sehr wichtig, die Industriegebiete Floridsdorf, Donaustadt und Simmering direkt mit den Industrien des Steinfeldes zu verbinden. Ein direkter Straßenzug in diesem Sinne wird sowohl Niederösterreich wie Wien viel größere wirtschaftliche Vorteile bringen als eine Umfahrung Wiens durch das Marchfeld.

Die Planungsarbeiten für die Umgestaltung des Karlsplatzes sind im wesentlichen fertig; sie werden die Stadtplanungskommission in ihrer nächsten Sitzung bereits beschäftigen. Das Projekt der Ausgestaltung des Lastenstraßenzuges zu einer äußeren Ringstraße, durch welches auch die Karlsplatzregulierung berührt wird, mußte bekanntlich, da die Berechnungen der Verkehrsbetriebe und des von der Gruppe Stadtplanung für die Durchrechnung des Projektes eingesetzten Fachmannes nicht übereingestimmt haben, zur neuerlichen Durcharbeitung übergeben werden.

Wir haben uns im vergangenen Jahr auch intensiv mit den Fragen zur Verbesserung des Massenverkehrs beschäftigt. Die Vorschläge der Alweg-Corporation, die uns ihre Projekte kostenlos zur Verfügung gestellt hat, werden derzeit mit den Projekten der Stadtbahnverlängerung auf einen gemeinsamen, vergleichbaren Nenner gebracht, geprüft und bezüglich ihrer Vor- und Nachteile miteinander verglichen. Wenn die Ergebnisse dieser Untersuchungen vorliegen, wird auch über die Ausgestaltung dieses wichtigen Verbindungsweges eine Entscheidung getroffen werden können.

In einigen Bezirken wurden Hauptverkehrsstraßen ausgebaut und die Hafenzufahrtstraße mit einer Auffahrtrampe auf die Reichsbrücke fertiggestellt. Im nächsten Jahr wird auch eine Abfahrtrampe von der Reichsbrücke gebaut werden.

Außer den Großbauvorhaben haben wir mehr als zwei Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 294.000 Quadratmeter Gehsteige instandgesetzt und verbreitert, und 580.000 Quadratmeter Verkehrsflächen einer Oberflächenbehandlung unterzogen. 155.000 Quadratmeter Fahrbahndecken und 83.000 Quadratmeter Gehwege haben neue Teppichbeläge erhalten und mehr als 300.000 Quadratmeter Siedlungsstraßen wurden instandgesetzt.

Das Baujahr 1960 wird neben einer Reihe anderer großer Straßenbauarbeiten die Bereinigung der Verkehrsbrennpunkte der Operngasse und auf der Kreuzung am Schottentor bringen. Im Anschluß an diese Arbeiten, soll mit dem Umbau der Lastenstraße begonnen werden. Eine gleichzeitige Durchführung der Arbeiten auf beiden Straßenzügen wäre wegen der notwendigen Verkehrsumleitungen unmöglich. Momentan sind wir bestrebt, die Projekte zur Erleichterung der Parkraumnot ehestens einer Verwirklichung zuzuführen.

Mehr Strom, mehr Gas, mehr Wasser erfordern eine Verstärkung der Verteilerleitungen. Daher war es im vergangenen Jahr notwendig, die Stadt an rund 13.000 Stellen aufzugraben. Es wird uns immer wieder vorgeworfen, daß wir bei diesen Tiefbauarbeiten unwirtschaftlich vorgehen und ich möchte daher einmal ganz offen zu dieser Frage Stellung nehmen. Bereits vor Erstellung des Voranschlagsentwurfes für das kommende Jahr werden für die Durchführung von Straßenbauarbeiten Besprechungen mit allen Dienststellen abgehalten, die Arbeiten auf oder unter den Straßen durchzuführen haben. Bei diesen Einbauten-Besprechungen werden die örtliche und zeitliche Reihenfolge der Arbeiten festgelegt und in einem Bau-terminplan zusammengefaßt. Es ist nun leider nicht möglich, die Erneuerung dieser Anlagen oder ihre Instandsetzung vor Herstellung der Straßenbeläge in einer gemeinsamen Aufgrabung durchzuführen, da erstens der für die Lagerung des Aushubs und der Baumaterialien benötigte Raum nur in beschränktem Ausmaß zur Verfügung steht, die einzelnen Dienststellen würden sich bei gleichzeitiger Arbeit gegenseitig behindern und außerdem unterliegt jede dieser Leistungen anderen Betriebsbedingungen.

Ähnlich wie der Chirurg nicht in der Lage ist, im menschlichen Körper gleichzeitig schwere Operationen des Darmes, des Kopfes und des Herzens durchzuführen, so können die Operationen an den Versorgungsorganen des Stadtkörpers nur nacheinander vorgenommen werden.

Immer wieder wird der Vorschlag gemacht, die Arbeiten auf den Straßen sollen im Mehrschichtbetrieb durchgeführt werden. Die Geschäftswelt wünscht, daß bei Nacht gearbeitet wird, um in ihrem Betrieb nicht gestört zu werden. Die Bewohner in der Nachbarschaft der Baustellen wollen und können aber auf ihre Nachtruhe nicht verzichten. Außerdem liegen heute die Verhältnisse am Arbeitsmarkt so, daß die Besetzung einer zweiten Arbeitsschicht durch den Mangel an Arbeitskräften gar nicht möglich ist. Vergessen wir nicht, daß letzten Endes Nutznießer aller dieser Arbeiten wieder die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Geschäftswelt sind, die besser versorgt werden und mit besseren Arbeits- und Verkehrsbedingungen rechnen können. Wir alle bemühen uns sehr, die Belästigung der Bevölkerung durch den Straßenbau und allem, was damit zusammenhängt, möglichst einzuschränken.

Das Baujahr 1959 war sehr wesentlich durch die vielen Niederschläge der Sommermonate beeinflusst, die ihren Höhepunkt in den Unwettern des 12. August fanden. Die Verheerung, die diese Unwetter insbesondere an den Hängen des Wienerwaldes in Döbling und am Bisamberg verursacht haben, haben allein für die dringendsten Instandsetzungen einen Betrag von 6,5 Millionen Schilling erfordert. Einer Weisung des Herrn Bürgermeister entsprechend, haben sich die zuständigen Abteilungen des Stadtbauamtes bemüht, der von den Unwettern betroffenen Bevölkerung möglichst rasch und auf unbürokratische Weise zu helfen. Daß dies in vollem Umfange gelungen ist, danken wir in erster Linie dem unermüdlichen Einsatz der Bediensteten der dafür verantwortlichen Magistratsabteilungen.

Auch unsere Brücken- und Wasserbauabteilung hat im vergangenen Jahr große Aufgaben erfüllt. Der Wiederaufbau der Stadionbrücke schreitet rasch vorwärts, ebenso der Neubau der Heiligenstädter Brücke. Die Vorarbeiten für die Wiederherstellung der Salztorbrücke sind soweit gediehen, daß im nächsten Jahr mit den Arbeiten selbst begonnen werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau wird die Stubenbrücke umgebaut und in Verlängerung der Landstraßer Brücke wird an dem erforderlichen Umbau der Markthallenbrücke gearbeitet. Über die in Arbeit befindliche Brücke im Zuge der Prager Straße soll bereits Mitte 1961 der Straßenverkehr geleitet werden können. Die Vorarbeiten für die Projektierung und Ausschreibung der dritten Donaubrücke sind ebenfalls bereits aufgenommen.

Die Liesingbachregulierung soll um ein großes Stück erweitert werden. Auch andere Regulierungen sind vorgesehen.

Das noch allen in unliebsamer Erinnerung gebliebene Donauhochwasser vom Jahre 1954 hat im Oberlauf der Donau gewaltige Schäden hervorgerufen. Obwohl Wien dank seiner Schutzanlagen noch glimpflich davongekommen ist, hat dieses Hochwasser doch erneut aufgezeigt, daß ein totaler Schutz der Stadt vor noch größeren Hochfluten notwendig ist.

Ein guter Ruf verpflichtet, und Schönheit kostet manchmal viel Geld. Das kann von unserem Stadtgartenamt mit Fug und Recht behauptet werden. Rund 77 Millionen Schilling wollen wir im Jahre 1960 für unsere Gärten und Grünanlagen ausgeben. Derzeit haben wir rund 13 Millionen Quadratmeter Garten- und Grünfläche zu erhalten und zu betreuen. Im Jahre 1959 wurden 31 neue Gartenanlagen mit einer Fläche von 136.500 Quadratmeter errichtet. 16 öffentliche Gartenanlagen wurden umgestaltet und verbessert. Wir haben aber auch Ballspielplätze und Kleinkinderspielplätze gebaut und der Staubfreimachung von Wegen und Spielflächen in den Gartenanlagen unsere besondere Obsorge gewidmet. Daneben wurden 710 Alleebäume neu gepflanzt und 39 neue Blumenschalen aufgestellt.

Die neue Gartenanlage auf den Gründen des ehemaligen Kaisergartens und ein großer anschließender Parkplatz für die Praterbesucher werden im Frühjahr des nächsten Jahres fertig sein und der Wiener Bevölkerung zur Benützung übergeben werden können.

Auch die gärtnerische Ausgestaltung der Donaukanalufer wurde programmgemäß fortgesetzt.

Die interessanteste Gartenbaustelle im Jahre 1959 war der Blindengarten im Wertheimsteinpark, der mit einer Fläche von 6.000 Quadratmeter im Herbst dieses Jahres unseren blinden Mitbürgern als ein freudig begrüßtes Geschenk übergeben werden konnte. (Beifall).

Im nächsten Jahr soll die Ausgestaltung der Donaukanal- ufer fortgesetzt werden. Am Franz Josefs-Kai wird unterhalb der Ruprechts-Kirche eine Terrasse und eine Grünanlage harmonisch in das Stadtbild eingefügt werden.

Der Schweizer Garten wird nach Abschluß des Schnellbahnbaues gänzlich umgestaltet werden und darüber hinaus sind in vielen Bezirken Umgestaltungen und Neuerrichtungen von Grünanlagen vorgesehen. Ebenso werden die Arbeiten im Reservegarten in Hirschstetten weitergeführt werden.

Die Bemühungen des Stadtgartenamtes um eine Verschönerung unserer Stadt werden leider nicht von allen gefördert und unterstützt. Ein großer Teil der Kosten, die für die Erhaltung unserer Grünanlagen und Gärten gewidmet sind, muß für die Behebung von mutwilligen Zerstörungen verwendet werden. Die Schäden, die jährlich von unverantwortlichen Elementen an unseren Grünanlagen verursacht werden, sind sehr groß, und ich muß auch von dieser Stelle um die Unterstützung der gesamten Bevölkerung gegen derartige Übergriffe bitten. Ich bitte auch, unsere Gärten nicht als Mistablagungsstätten oder als Freigehege für herumtollende Hunde zu verwenden.

Derzeit sind Planungsarbeiten für mehrere Schulbauten im Gange. So wird heute schon am Bau eines Volkshochschulgebäudes in Favoriten und eines Volksheimes in Heiligenstadt gearbeitet. Fünf weitere Volksheime sind in Planung. Wir arbeiten auch an einer Lehrwerkstätte für "Jugend am Werk" in der Brigittenau.

Für das Jahr 1960 ist auch der Baubeginn für ein Ausflugsrestaurant auf der Bellevuehöhe in Döbling vorgesehen, ebenso der Baubeginn des internationalen Studentenheimes. Wir haben für die Planung dieses Studentenheimes ein interessantes Experiment durchgeführt, nämlich einen Wettbewerb unter dem Motto "Studenten planen für Studenten".

Natürlich werden wir auch wieder Instandsetzungs-, Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten an Märkten, Schlachthäusern, Amtsgebäuden und Schulen durchführen. Auch in den Spitälern sind umfangreiche Verbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten geplant. Die Arbeiten in den Schulen und Spitälern sind deshalb so schwierig, weil bei diesen Arbeiten der Betrieb nicht behindert werden darf.

Im Voranschlag ist auch ein Betrag von zwei Millionen Schilling für bauliche Umgestaltungen im Schloßrestaurant Laxenburg vorgesehen. Wir wollen allerdings mit diesen Arbeiten zuwarten, bis eine Entscheidung über den Ort der nächsten Weltausstellung gefallen ist, weil wir dann gleich im Rahmen eines größeren Projektes planen und bauen können.

Alle unsere Bemühungen um eine Verbesserung und Verschönerung unserer Stadt, die Verwirklichung all unserer Absichten und Projekte hängt aber letztlich doch davon ab, ob unsere Arbeit von der Bevölkerung verstanden und gut geheißen wird. Deshalb versuchen wir, mit der Bevölkerung in einen möglichst unmittelbaren Kontakt zu kommen. Wir veranstalten Führungen, Ausstellungen und Pressekonferenzen und versuchen, durch Vorträge, Filme, Broschüren und durch die Herausgabe einer eigenen Bauzeitschrift der Fachwelt und der Öffentlichkeit unsere Probleme näherzubringen. Im vergangenen Jahre haben wir auch unsere fachlichen Kontakte mit dem Ausland weiter verstärkt.

Unser aller Bemühen soll es sein, dieses ererbte Kulturgut den geänderten Bedürfnissen unserer Zeit anzupassen. Unsere Arbeit gilt daher dem ständigen Neubau und Umbau der Stadt! Daß sie in fortschrittlichem, modernem und wienerischem Geiste gelingen möge, ist unser sehnlicher Wunsch! (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Hausner (KLS) ist der Ansicht, daß das Bauprogramm der Gemeinde den Notwendigkeiten nicht Rechnung trägt. Wenn für viele tausende Mitbewohner die Sorge um das Dach genommen werden soll oder ihre Wohnverhältnisse erleichtert werden sollen, dann muß der soziale Wohnungsbau wesentlich verstärkt werden und muß auch der genossenschaftliche Wohnungsbau noch eine stärkere Förderung erfahren. Auch muß getrachtet werden, der Erhaltung der Althäuser mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Leider erhält der kommunale Wohnungsbau durch die Errichtung von Hochhäusern mit Wohnungskosten, die sich die bedürftige Bevölkerung nicht leisten kann, eine gewisse Beschneidung.

./.

Und die Tatsache, daß die Sozialistische Partei im Sommer eine Diskussion über die Frage der Zweckmäßigkeit des kommunalen Wohnungsbaues abgeführt hat, zeigt, daß sich die SPÖ von der Verpflichtung, die wohnungsuchende Bevölkerung mit billigen und ausreichenden Wohnungen zu versorgen, irgendwie distanzieren will. Bei uns versucht man, kapitalistische Baumethoden wieder einzuführen. Mit den 1.5 Milliarden Schilling für die Neue Wiener Wohnbauaktion, wurden dem kommunalen Wohnungsbau 10.000 Wohnungen entzogen. (GR. Jodlbauer: Aber das stimmt doch nicht!)

Rund zwei Drittel der Wiener Wohnungen befinden sich in Althäusern, rund 91.000 Wohnungen müssen auf Grund ihres gesundheitsschädlichen Zustandes ersetzt werden. Die Instandsetzung kann und darf nicht wie bisher auf Kosten der Mieter gehen.

Aus den angeführten Gründen legt der Redner zwei Anträge vor, in denen verlangt wird, alle verfügbaren finanziellen Mittel für den Bau von Volkswohnungen heranzuziehen und eine großzügige Aktion zur Modernisierung der Althäuser in die Wege zu leiten. Auch verlangt er, die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds.

Das Gesicht der Altstadt müsse erhalten bleiben. Leider ist es hier so wie auf anderen Gebieten, daß gewisse Hausbesitzer damit spekulieren und auf das Sterben der Häuser warten. Ihnen ist ein möglichst großer Profit mehr wert als die Erhaltung der Objekte. Da als Ursache dafür, daß nicht schneller gearbeitet werden kann, Mangel an Bauarbeitern angegeben wird, legt der Redner einen weiteren Antrag vor, wonach sich die Gemeinde Wien an der Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Fertigbauteilen beteiligen möge.

Der Redner begrüßt den geplanten Einbau von Zentralheizungen in Hochhäusern und regt an, in Zukunft auch andere größere städtische Wohnhausanlagen mit Zentralheizungen zu versehen. Zu begrüßen sei auch die Absicht, Kulturzentren in den Wohnhausanlagen zu errichten. Man solle hierbei besonders die Randbezirke berücksichtigen und dort auch Klubräume für die Jugend schaffen. Kritik übt der Redner an der vielfach sehr mangelhaften Ausführung der Tischler- und Installationsarbeiten in den Gemeindebauten. Als bedauerlich bezeichnet er, daß noch immer viele kriegszerstörte Häuser nicht aufgebaut werden konnten. Auch auf

dem Verkehrssektor müße noch viel getan werden. Wenn auch im kommenden Jahr viele Verkehrsbauwerke geplant sind, so sind doch etliche, deren Lösung schon lange versprochen wurde, in den Ansätzen nicht berücksichtigt worden. Dazu gehört die Philadelphia-Brücke, die Lobkowitzbrücke, die Hietzinger Brücke und die Lösung der Verkehrsmisere des 22. Bezirkes. Einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung des Verkehrs könnte man durch die Errichtung einer zweiten Verkehrsebene, egal ob über oder unter der Erde, erreichen. Dem Bund gegenüber müßte die Gemeinde Wien bezüglich des Autobahnbaus viel energischer vorgehen. Der Bund müsse sich seiner Verpflichtungen gegenüber der Hauptstadt unseres Landes bewußt werden.

Der Redner kommt sodann auf die Straßen und die öffentliche Beleuchtung in den Randbezirken zu sprechen und stellt fest, daß diese Gebiete von der Stadtverwaltung sehr stiefmütterlich behandelt werden. Es gebe sogar noch Siedlungen, in denen die Siedler für die Beleuchtung der Straßen und ihre Instandhaltung selbst aufkommen müssen. Die Gemeinde habe sich zwar jetzt entschlossen, die Straßen und die Beleuchtung dieser Siedlungen in ihre Obhut zu übernehmen, vorher müßte jedoch alles durch die Siedler in Ordnung gebracht werden. Der Redner richtet an Stadtrat Heller die Bitte, den Siedlern diese Belastung abzunehmen. Die geplante Aufschließung des 21. und 22. Bezirkes sei sehr zu begrüßen. Dieses Vorhaben sollte möglichst rasch durchgeführt werden. Der Bevölkerung dieses Gebietes und den Bezirksvertretungen müßte man die Möglichkeit geben, Vorschläge zu unterbreiten. Gleichzeitig müßten auch die nötigen Verkehrserschließungen erfolgen.

Abschließend stellt GR. Hausner fest, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI die Zustimmung geben werde. Mit dem vorgelegten kommunalen Wohnbauprogramm sei sie jedoch nicht zufrieden, weil es den Erfordernissen nicht entspreche.

GR. Neset (FPÖ) stellt fest, die eminente Bedeutung des Bauwesens für eine Stadt wie Wien, sei schon aus dem Umfang und den Ansätzen dieser Gruppe erkenntlich. Seine Partei stehe vorbehaltlos hinter dem sozialen Wohnungsbau.

Es werde aber in Zukunft notwendig sein, eine gesunde Verbindung zum Eigentumsbau etwa in der Form herzustellen, daß den Mietern von Gemeindewohnungen die Möglichkeit gegeben wird, diese Wohnungen als ihr Eigentum zu erwerben. Der Redner kommt dann auf die öffentlichen Arbeitsausschreibungen für die städtischen Bauten zu sprechen und hält es für zweckmäßig, bei Vergabung einer Arbeit von vornherein einen Richtpreis festzusetzen. Das wirtschaftlich tragbarste Offert, das dem Mittelpreis am nächsten kommt, sollte dann berücksichtigt werden. Unmöglich müßte es gemacht werden, daß unter dem Titel Regiearbeit Stunden verrechnet werden, die bereits in den Kostenvoranschlägen enthalten sind. Man müßte auch prüfen, ob man in Zukunft weiter bei dem System der Materialbeistellung bleiben soll.

Abschließend erklärte der Redner, daß seine Fraktion die Ansätze des Kapitels VI gutheiße. Er hoffe, daß so wie bisher, allerdings unter Ausschaltung aller Mängel, für die Allgemeinheit gebaut wird.

GR. Dkfm. DDR. Prutscher (ÖVP) setzt sich einleitend kritisch mit Fragen der Koalition auseinander. Miteinander arbeiten heißt auch miteinander planen, so sagt er. Der Generalredner der Sozialisten hat aber erklärt, das Wahlprogramm der SPÖ sei nun das Regierungsprogramm des Gemeinderates geworden. Soll aber hier im Haus nur das Programm einer Partei gelten? Ist es dann so unrichtig, wenn in der Wahlpropaganda der ÖVP von der Gefahr einer Alleinherrschaft gesprochen wurde? Man darf sich also nicht wundern, wenn man bei der Frage der Koalition gewisse Vorbehalte macht.

Der Redner spricht dann über die Wichtigkeit der Verkehrsplanung, der die Standortplanung vorausgehen muß. Als er die Gemeindebauten beim Matzleinsdorfer Platz in Bezug auf die Wohndichte mit den Bauten der Gründerzeit vergleicht, kommt es zu einigen Zwischenrufen von Seiten der Sozialisten. (Vizebürgermeister Slavik: "Wenn Sie den Matzleinsdorfer Platz mit einem Spekulationsbau um die Jahrhundertwende vergleichen, dann kann ich Sie nur bedauern!")

Der Redner begrüßt, daß in der Frage der Wohnungsgröße und der Familiengerechtigkeit der Wohnungen befriedigende Ansätze fest-

zustellen sind. Was die Altenwohnungen betrifft, regt er an, solche Wohnungen überhaupt in das Parterre der Häuser einzugliedern, um die alten Leute noch mehr in die Hausgemeinschaft einzubeziehen, als es bei den Alterssiedlungen geschehen kann.

Über das Bodenbeschaffungsgesetz sagt GR. Dr. Prutscher, daß die Stellungnahme der ÖVP in diesem Hause seit zehn Jahren klar sei. Die Voraussetzung für ein Bodenbeschaffungsgesetz sei es, die größtmögliche Streuung von Grund und Boden zu erreichen, keineswegs aber die Konzentration von Grund und Boden, unter welchem Titel dies auch immer geschehen mag. (Vizebürgermeister Slavik: "Wir sind ja einig über das Gesetz mit ihrer Partei, aber es kann nicht beschlossen werden, weil andere Bedingungen daran geknüpft sind!")

GR. Dr. Prutscher kommt dann auch auf technische Fragen des Bauwesens zu sprechen, so auf den Kreisverkehr und macht dabei darauf aufmerksam, daß man in verschiedenen Städten des Auslandes bereits zu geregelten Kreuzungen übergegangen ist. Er schneidet dabei auch das Thema der zweiten Verkehrsebene an und stellt fest, daß unter den von Vizebürgermeister Slavik angeführten Empfehlungen der Verkehrsplanungsenquête, die bereits bearbeitet wurden, die zweite Verkehrsebene nicht aufscheint. Bei den bereits errichteten Passagen, sagt er, bemerken wir zwar Zugänge zu einer unterirdischen Bahn, aber Pläne über eine Trassenführung haben wir noch nirgends gesehen. Er verweist darauf, daß man sich in München unter sozialistischer Führung bereits für den Bau einer Untergrundbahn entschlossen hat. Auch eine verkehrstechnische Studienreise des österreichischen Städtebundes ins Ausland brachte das Urteil, daß die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene für Städte mit mehr als 700.000 Einwohner als unerläßlich erscheint. Er richtet an den amtsführenden Stadtrat die Bitte, bei der Planung der neuen Lastenstraße alle Vorschläge in Richtung einer zweiten Verkehrsebene genauestens prüfen zu lassen. Abschließend zu diesem Thema stellt er fest, daß bis jetzt in Wien selbst eine sachliche Überprüfung eines Untergrundbaues abgelehnt wird.

Er kommt dann auf den Straßenbau zu sprechen und gibt zu, daß bei einer so umfangreichen Koordinierung der Arbeiten, wie sie eben beim Straßenbau unvermeidlich ist, sich die Bautätigkeit schwierig gestaltet. ./.

Er meint, man sollte eine Studienkommission ins Ausland schicken, um die dortige Praxis im Straßenbau kennenzulernen und daraus auch für Wien Nutzen zu ziehen. Was die Stadtplanung betrifft, glaubt der Redner, daß weder die Kritiken des Stadtplaners noch die Kritiken der Beamtenschaft berechtigt sind. Die Ursache der Unzufriedenheit dürfte wo anders zu suchen sein. Wir müssen, sagte er, diese Dinge umfassender sehen und hoffen, daß die der Stadtplanung gestellten Aufgaben erfolgreich beendet werden. Es geht um ein Programm für die Zukunft und daher muß es ein gemeinsames Irogramm sein. Er begrüßt die Erklärung des Stadtrates, daß eine Firma von den Gemeindeaufträgen ausgeschlossen wird, wenn sie sich etwas zuschulden kommen läßt.

Abschließend erklärt sich GR. Dr. Frutscher im Namen seiner Fraktion zu einer vom gegenseitigen Vertrauen getragenen Zusammenarbeit bereit, von der er sich für die Zukunft viele positive Früchte verspricht (Beifall bei ÖVP). Er stellt fest, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten die Zustimmung erteilen wird.

GR. Billmaier (SPÖ) verweist auf den erfolgreichen Versuch der Gemeinde, auch im Winter zu bauen, und spricht die Hoffnung aus, daß auch auf privaten Baustellen die Bauarbeiter das ganze Jahr hindurch beschäftigt werden.

Er geht dann auf die Ausführungen der Vorredner ein und hält GR. Hausner, der die Bautätigkeit im Ausland, besonders in den Staaten des Ostblocks als beispielhaft hinstellte, entgegen, daß Delegationen von der dort herrschenden Wohnungsnot berichteten. Und wenn in einer Ost-Berliner Broschüre davon gesprochen wird, daß im Jänner 1953 die ersten 70 Mieter die neuerbauten Wohnungen in der Stalinallee bezogen, dann soll man nicht sagen, daß unser Wohnbauprogramm, nachdem im Jahre 1960 4.500 Gemeindefwohnungen erbaut werden und der Bau weiterer 5.000 Wohnungen durch die Gemeinde gefördert wird, zu gering ist.

Natürlich ist alles zu wenig; aber wir werden uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß wir das Maximum der Baukapazität ausnützen. Man wird dabei immer wieder versuchen müssen, zu einer Koordinierung auf dem Paussektor zu kommen, weil dadurch auch die Bauarbeiter zweckentsprechend eingesetzt werden können.

Auch wäre es notwendig, beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einen neuen Verteilerschlüssel festzulegen und so für Wien ein besseres Verhältnis zu schaffen. (Beifall bei den Sozialisten).

Der Kritik des GR. Prutscher an der Feststellung eines sozialistischen Redners, daß das sozialistische Wahlprogramm das Regierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre sei, hält der Redner entgegen: Wir können für die Vergangenheit voll Stolz sagen, daß wir Sozialisten überall dort, wo wir die Mehrheit haben, die Versprechungen auch restlos erfüllen. (Beifall bei den Sozialisten). Von der zweiten Partei in diesem Hause kann man das nicht sagen, denn dort, wo sie die Möglichkeit hat, Wahlversprechungen durchzuführen, findet man Mittel und Wege, die Einlösung dieser Versprechen zu vereiteln.

Wenn Dr. Prutscher kritisiert, wie der Matzleinsdorfer Platz verbaut ist, dann muß man sagen: Es kommt nicht darauf an, wie hoch oder wie niedrig man baut, sondern es kommt darauf an, wieviel Licht, Luft und Sonne in die Wohnungen kommt. Und wenn im Wahlprogramm der ÖVP an Stelle der verstreuten Gemeindebauten zusammenhängende Wohnlandschaften, frei vom Durchzugsverkehr, gefordert werden, dann muß man fragen: Haben wir denn die Bauplätze zur Verfügung?

Dem FPÖ-GR. Nessel antwortet der Redner, daß es nicht auf Richtigkeit beruht, daß Offerte unbedingt dem Bestbieter gegeben werden. Fehlerhafte Offerte oder offensichtliche Unterangebote werden ausgeschieden. Es kommt auch vor, daß man einer Firma eine Arbeit nicht überträgt, weil sie auf Grund ihrer Kapazität nicht in der Lage wäre, sie auszuführen.

GR. Billmaier stellt zur Kritik einiger Redner fest, daß es leider eine allgemeine Erscheinung sei, daß man vieles, was im eigenen Land geschehe, nicht anerkenne. Man dürfe aber nicht vergessen, daß der Gedanke des sozialen Wohnhausbaues in der ganzen Welt mit unserer Stadt in Verbindung gebracht wird. Sind doch der soziale Wohnhausbau und viele Fürsorgemaßnahmen von Wien ausgegangen. Die Arbeit, die auf vielen Gebieten in Wien geleistet wird, hat auch im Ausland Anerkennung und Nachahmung gefunden. (Beifall bei der SPÖ). Die sozialistische Fraktion werde daher den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI zustimmen.

Stadtrat Heller stellt in seinem Schlußwort fest, daß sowohl der Redner der Volkspartei als auch der Kommunistischen Partei die Erfolge auf dem Bausektor ihren Forderungen und Anregungen zuschreiben. Er müsse jedoch dazu sagen, daß der Wiederaufbau unserer Stadt mit den Namen Novy, Jonas und Thaller in baulicher Hinsicht und Resch und Slavik in finanzieller Hinsicht durch ihre kluge Finanzpolitik verbunden ist. (Beifall bei der SPÖ). Mit GR. Hausner stimme er darin überein, daß auf dem Wohnungssektor in unserer Stadt noch ein qualitativer und ein quantitativer Mangel bestehe. Leider kann man dieses Problem nicht nur als ein finanzielles bezeichnen. Die Lage auf dem Bausektor ist derzeit so, daß die Baukapazität vollkommen ausgeschöpft ist. Man bemühe sich aus diesem Grunde ständig, durch Reorganisationsmaßnahmen und andere technische Möglichkeiten dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Der Redner empfiehlt daher einen Antrag des GR. Hausner auf weitere Verstärkung des Wohnungsbaues den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen. Ein weiterer Antrag, der sich mit der Sanierung des Althausbestandes beschäftigt, sei überholt, da eine derartige Aktion seit langem durchgeführt wird. Der Redner empfiehlt, den Antrag gleichfalls den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen. GR. Hausner beschäftigte sich auch mit dem Problem des Wohnhauswiederaufbaues und einigen anderen Dingen, die jedoch Bundessache sind und in diesem Hause nicht erledigt werden können. Die Forderung des GR. Hausner bezüglich Verwendung von Fertigbauteilen sei gleichfalls überholt. Man werde in Wien einen Versuch mit Fertigbauteilen unternehmen, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Zur Kritik an der Qualität der Wohnhausbauten ist zu sagen, daß neben der ständigen Bauaufsicht eine sehr umfangreiche Abnahme dieser Bauten durchgeführt wird. Die Bauten werden von vielen Stellen kontrolliert und außerdem besteht eine zweijährige Haftzeit für die Firmen. Nach diesen zwei Jahren findet eine neuerliche Kommissionierung statt, bei der auch die Mieter die Gelegenheit haben, auf einzelne Fehler aufmerksam zu machen, damit die Mängel behoben werden.

Die Forderungen, die auf dem Verkehrssektor gestellt wurden, könnten kaum alle im Jahre 1960 erfüllt werden. Natürlich muß die Hietzinger Brücke in Ordnung gebracht werden. Das geschieht jedoch im Zusammenhang mit dem Autobahnbau. Der Bau der Philadelphiabrücke

hängt wiederum mit dem Schnellbahnbau zusammen. Man beschäftigt sich mit diesen Fragen sehr eingehend, und sie werden bestimmt in den nächsten Jahren gelöst werden. Unberechtigt sei auch die Kritik an den Siedlungsstraßen. Allein im Jahre 1959 wurden 300.000 Quadratmeter Siedlungsstraßen gebaut, vielfach auch dort, wo keine rechtliche Verpflichtung vorhanden war. Seit dem Jahre 1951 wurden rund 100 Millionen Schilling für den Ausbau von Siedlungsstraßen ausgegeben.

Es wurden damit 1,6 Millionen Quadratmeter, bzw. rund 320 Kilometer Siedlungsstraßen in Ordnung gebracht. Mit dem Bestbieterproblem bei den Arbeitsvergaben habe man sich schon eingehend beschäftigt, ebenso mit der Frage der Regiestunden. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß es am wirtschaftlichsten ist, bei dem Bestbietersystem zu bleiben. Die Materialbeistellung erfolgt in erster Linie nur dort, wo Engpässe bestehen.

Zur Kritik des GR. Dr. Prutscher, daß der Ringturm verkehrstechnisch an einer ungünstigen Stelle errichtet wurde, stellt Stadtrat Heller fest, daß es vom Verkehrsstandpunkt aus gesehen ebenso unklug sei, daß das Finanzministerium in der Kärntner Straße ein Bürogebäude errichtet. GR. Dr. Prutscher habe auch die Wohndichte am Matzleinsdorfer Platz kritisiert. Der Verbauungsgrad beträgt dort 25 Prozent, die Wohndichte 600 Einwohner pro Hektar. Zu der Zeit, als der Wohnhausbau errichtet wurde, entsprach die Wohndichte internationalen Maßstäben. Derzeit baut jedoch eine der Volkspartei angehörende Baugenossenschaft am Matzleinsdorfer Platz eine Wohnhausanlage, deren Wohndichte 1.600 Einwohner pro Hektar beträgt. Zurückzuweisen sei auch der Vorwurf, daß die Stadt Wien durch das Bodenbeschaffungsgesetz kommunalisieren will. Dieses Verlangen haben die Sozialisten nicht. Was die Bauzeit bei den Straßenreparaturen anlangt, so hat GR. Dr. Prutscher einen Antrag zu dieser Frage vorgelegt, in dem er das genaue Studium dieses Problems wünscht. Der Redner empfiehlt, den Antrag dem Gemeinderatsausschuß VI zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Bezüglich der Stadtplanung ist zu sagen, daß Prof. Schuster niemals Stadtplaner von Wien war. Er war Konsulent für Architektur und hat sich mit der Stadtplanung für Wien offiziell überhaupt nie beschäftigt. Dipl.-Ing. Schimka war Leiter der Magistratsabteilung 18. Er hat weder ein grundsätzliches Konzept vorgelegt, noch ein solches zurückgelassen. Man ist augenblicklich in den zuständigen Referaten beschäftigt, die notwendigen Unterlagen für das Generalkonzept für Wien und den Generalverkehrsplan auszuarbeiten.

Der Redner ersucht abschließend um gemeinsame Zusammenarbeit an dem großen Ziel, daß Wien dort, wo es schön ist, noch schöner wird, und dort, wo es den derzeitigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, verbessert wird. Er bittet um Annahme der Ansätze.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VI einstimmig angenommen. Die drei Anträge des KLS-GR. Hausner und der Antrag des ÖVP-GR. DR. Prutscher wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

- - -

7. Hauptstück: Baubehördliche und sonstigetechnische Angelegenheiten

Als nächster Referent berichtet Stadtrat Lakowitsch über die Budgetansätze für die Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Einleitend berichtet er über die Tätigkeit der Magistratsabteilung 20 - Plan- und Schriftenkammer. Für die Bewilligung, in Baupläne Einsicht nehmen, bzw. Kopien von Bauplänen anfertigen zu dürfen, wurden 1958 Verwaltungsabgaben in der Höhe von 33.620 Schilling eingehoben. Es wurden 3.440 Pläne und Karten an städtische Dienststellen und 622 Pläne und Karten an Private abgegeben. Der Bestand der Stadtbauamtsbibliothek ist auf 9.600 Inventarnummern angestiegen. Der Jahresumsatz der Lichtpaus- und Plandruckanstalten und der kartographischen Anstalten wird heuer mehr als 700.000 Schilling betragen.

Der Ansatz der Ausgaben für Pläne, Pausen, Drucke, zeichnerische Erfordernisse und dergleichen, beträgt 730.000 Schilling und ist ausreichend. Für das Jahr 1960 ist ein Kredit von 780.000 Schilling vorgesehen, aus dem auch alle kartographischen Hilfsmittel zu beschaffen sind.

Für 1960 sind die Mittel zur Anschaffung einer Präzisions-Reproduktionsanlage, die 700.000 Schilling kostet, vorgesehen. Für den Ankauf von geodätischen Instrumenten werden 100.000 Schilling zur Verfügung stehen. Alle Anschaffungen dienen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und werden sich leistungssteigernd auswirken. Moderne, zeitsparende Arbeitsverfahren wurden in den letzten Jahren in Wirtschaft und Verwaltung eingeführt. Mit modernen Luftbild-Auswertegeräten wird das Original der Karte hergestellt, das als Grundlage für die Vervielfältigung dient.

Als einen drückenden Ubelstand bezeichnet der Referent, daß die Magistratsabteilung 20 den in den Fachabteilungen tätigen Vermessungsingenieuren und Technikern nicht das notwendige Vermessungshilfspersonal stellen kann. Der Mangel an Vermessungshilfspersonal wird sich in nächster Zeit, wo viele Verkehrsbauten

und andere Großbaustellen umfangreiche Vermessungsarbeiten erfordern werden, unangenehm bemerkbar machen.

Die Arbeiten der Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung, im Jahre 1959 setzen sich zusammen aus Neubauten, Umbauten (infolge von Straßen-, Park-, Wohnhausneubauten usw.), Elektrifizierung der restlichen Gasbeleuchtung, Verbesserung der Beleuchtung von Hauptstraßen und Kreuzungen, Verbesserung der Beleuchtung in Randgebieten und Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom. Durch diese Arbeiten wurde im Jahre 1959 die öffentliche Straßenbeleuchtung in Wien um rund 7.400 Lichtstellen vermehrt. Ende 1959 werden daher rund 84.550 Lichtstellen in ganz Wien in Betrieb sein, und zwar rund 81.150 elektrische und 3.400 Gaslichtstellen.

Durch zahlreiche Straßenneubauten und durch die Errichtung neuer Wohnviertel durch die Gemeinde Wien oder private Genossenschaften wurden 1959 auch viele Neubauten von Straßenbeleuchtungsanlagen notwendig.

Die bemerkenswertesten Umbauten von Beleuchtungsanlagen im Jahre 1959 waren: der ober- und unterirdische Südtiroler Platz, der nunmehr ein Glanzstück der Wiener Straßenbeleuchtung darstellt. Er umfaßt rund 2.500 Leuchtstofflampen und auch eine bei Stromausfall selbsttätig wirkende Sicherheitsbeleuchtung, weiters Hoher Markt, Schwarzenbergplatz, Ausstellungsstraße, Mexikoplatz, Simmeringer Hauptstraße bis zum zweiten Tor des Zentralfriedhofes, u. a.

Im 10. Bezirk wurde keuer bereits die letzte Gaslaterne abmontiert.

Die Beleuchtung zahlreicher Hauptstraßen und Kreuzungen ist ihrer Verkehrsbedeutung entsprechend verbessert worden, so die äußere Triester Straße, die Simmeringer Hauptstraße, die Ausstellungsstraße, u. a. In den Randgebieten wurden 1959 rund 1.500 neue Lichtstellen installiert, und zwar in Ober-Laa, Ebling und in Liesing.

Rund 1.900 Lichtstellen mußten wegen der TW-Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom umgebaut werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich 1959 die internationale Entwicklungstendenz der Verkehrsraumbelichtung, nämlich das langsame und sichere Zurückdrängen der Glühlampenbeleuchtung zugunsten der

Beleuchtung mittels Gasentladungslampen. Hochdruckquecksilberdampflampen sind zur Beleuchtung vieler Kreuzungen, der Wipplingerstraße, des Hohen Marktes und des Schwarzenbergplatzes, Natriumdampflampen für den Handelskai, die Triester Straße, Bitterlichgasse, Gadnergasse, Himberger Straße, Simmeringer Hauptstraße, verwendet worden. Es kommt jetzt schon immer häufiger vor, daß anlässlich der Elektrifizierung der Gasbeleuchtung der Sprung vom Gaslicht zur elektrischen Gasentladungslampe vollzogen wird.

Die Wiener E-Verke haben mit 89 Bediensteten den Betrieb, die Schadens- und Störungsbehebung der elektrischen Beleuchtung durchgeführt. Für die ständige Instandhaltung haben sie außer ihrem Personal sechs Privatfirmen herangezogen. Die Wiener Stadtwerke - Gaswerke haben die Arbeiten an der öffentlichen Gasbeleuchtung mit rund 68 Mann auf Grund detaillierter Vereinbarungen durchgeführt.

Im Jahre 1959 wurde die elektrische Installation von vielen Verkehrslichtsignalanlagen durchgeführt, so in der Marc Aurelstraße - Wipplingerstraße, Wipplingerstraße - Renngasse, Landstraßer Hauptstraße - Wassergasse, auf dem Wiedner Gürtel - Blechturmstraße, in der Argentinierstraße - Gürtel, u. e.

In den nächsten drei Jahren wird die Elektrifizierung der restlichen Gaslaternen den Kernpunkt des Programmes der Magistratsabteilung 33 darstellen. So soll das Gebiet jenseits der Donau im nächsten Jahre "gasfrei" gemacht werden.

Die Beleuchtung der neuen Schottentorkreuzung und der drei Fußgängerdurchgänge unter dem Ring sind die umfangreichsten Bauvorhaben der nächsten Zeit. Dabei werden vielfach Leuchtstoff- und Hochdruckquecksilberdampflampen verwendet werden. Natriumdampflampen werden insbesondere im 21. und 22. Bezirk häufig verwendet werden.

Die Magistratsabteilung 35, Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten: Als Baubehörde für Bauten öffentlicher Körperschaften waren 463 Bauverhandlungen und 451 Baustellenerhebungen erforderlich. Das Ergebnis waren 382 Baubewilligungen und 83 baubehördliche Kenntnisaufnahmen. Es konnte die Beobachtung gemacht werden, daß in der Stadtplanung Kirchenbauten nicht berücksichtigt werden, sodaß sich Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer

städtebaulichen Einordnung ergeben. Es wäre daher wünschenswert, daß schon bei Verfassung von Strukturplänen auch dieser Notwendigkeit Rechnung getragen wird.

Als Merkmal der anhaltenden Wirtschaftskonjunktur können die Leistungen der maschinentechnischen Gruppe herangezogen werden. Die Steigerung der Zahl bewilligter Aufzüge beträgt gegenüber dem Vorjahr 32 Prozent (531 Aufzüge in der Berichtszeit gegen 401 im gleichen Zeitraum 1958), die Anzahl der bewilligten und in Behandlung stehenden Ölfeuerungsanlagen beträgt 228, was einer Steigerung von 64 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Zahl der bewilligten Tankstellen auf Privatgrund ging zurück, sie beträgt 33 (im Vorjahr 75). Weitere 42 stehen noch in Behandlung. Die Magistratsabteilung 36, Bau-, Feuer- und Gewerbe Polizei für die Bezirke 1 bis 9 und 20: Insgesamt wurden im Berichtsjahr für die Errichtung von 3.325 Wohnungen die Baubewilligung und für 3.358 Wohnungen die Benützungsbewilligungen erteilt, wobei in der genannten Ziffer die fertiggestellten Wohnungen in den städtischen Wohnhausbauten nicht enthalten sind. Die Magistratsabteilung 37, Bau-, Feuer- und Gewerbe Polizei für die Bezirke 10 bis 19 und 21 bis 23: Die Bautätigkeit in den Außenbezirken Wiens hat neuerlich eine erhebliche Steigerung um zirka 16 Prozent erfahren. Im Berichtsjahr wurden um 26 Prozent mehr Objekte der Benützungsbewilligung übergeben als im Vorjahre. Der Verfall der Althäuser drückt sich in einer Steigerung der Zahl der Abtragungsbewilligungen um neun Prozent aus. Hingegen ist die Zahl der Bauaufträge leicht zurückgegangen, was mit der fortschreitenden Behebung der Teilkriegsschäden einerseits und mit dem Nachlassen der Anzeigen über feuchte Wohnungen andererseits zusammenhängen dürfte.

Im Berichtsjahr wurden für 8.100 Wohnungen Baubewilligungen und für 4.800 Benützungsbewilligungen erteilt.

Wie bereits erwähnt, nahm der Geschäftsumfang der Abteilung neuerlich zu. Es ist geradezu verwunderlich, daß es den Anstrengungen des praktisch nicht vermehrten Personals gelang, diese Steigerung zu bewältigen. Es ist unverständlich, daß gerade die Bediensteten der Baupolizei weiterhin als Stiefkind behandelt werden, obwohl bereits an höchster Stelle dieses Mißverhältnis eingesehen und Abhilfe zugesagt wurde.

Eine Sofortregelung liegt nicht nur im Interesse der Bediensteten, sondern auch im Interesse des Dienstgebers.

Zur "wilden Bautätigkeit" ist festzustellen, daß trotz Mehrbelastung der Abteilung die Zahl der Baueinstellungen gegenüber dem Vorjahr kaum gesunken ist. Die Abteilung hat also diesen Sektor ihrer Tätigkeit nicht aus dem Auge verloren. Leider ist dem Ersuchen, durch entsprechende Vergütung der Dienstzeit an Samstagen und Sonntagen einen Überwachungsdienst einzurichten, der um diese Zeit erfahrungsgemäß am schlagkräftigsten wäre, bisher kein Erfolg beschieden gewesen.

Die Magistratsabteilung 39, Städtische Prüf- und Versuchsanstalt, war im Jahre 1959 noch intensiver beschäftigt als im Vorjahr. In größerem Umfange wurden Prüfungen für den Südtiroler Platz, für den Ausbau des Stadions, für das Sommerbad am Laaer Berg ausgeführt. Wärmeleitbestimmungen und Trittschallmessungen wurden in fertigen Gebäuden vorgenommen.

Unter den Brandversuchen wäre die Prüfung einer Plexiglas-Kuppel erwähnenswert. Umfangreiche Untersuchungen sind mit Injektionsmörtel für Spannbetonbrücken gemacht worden. Auf den Straßenbahnlinien, die auf Autobusbetrieb umgestellt werden, sind zahlreiche Bodendruckproben vorgenommen worden.

Die Magistratsabteilung 40, Technische Grundangelegenheiten: Die Beschaffung geeigneter Grundstücke wird von Jahr zu Jahr schwieriger. In der Zeit vom 1. November 1958 bis 31. Oktober 1959 wurden auf der Grundlage von Schätzungen der Magistratsabteilung 40 1,410.000 Quadratmeter erworben und 280.000 Quadratmeter abgegeben.

Es muß immer wieder betont werden, daß die Stadt Wien gewisse für sie äußerst wichtige Areale nicht durch Kauf, sondern nur im Wege des Grundflächentausches beschaffen kann.

Die für Projekte der Stadtplanung erforderlichen Grundflächen machen die Erwerbung bedeutender, mehrere Millionen Quadratmeter umfassender Areale in verschiedenen Teilen Wiens und in verschiedenen Dringlichkeitsstufen nötig, vor allem in Liesing, Atzgersdorf, Erlaa, Siebenhirten, Favoriten, Ober-Laa-Stadt, Hirschstetten, Stödlau, Kagran, Groß-Jedlersdorf, Floridsdorf und Strebersdorf, aber auch in Teilen des 12., 15., 16. und 20. Bezirkes.

Die Magistratsabteilung 41, Stadtvermessung: Die großen Anforderungen hielten auch im Jahre 1959 unvermindert an.

Von diesen Arbeiten dürften einige wohl allgemeines Interesse verdienen: So zum Beispiel wurden für das große Verkehrsbauwerk am Südtiroler Platz sämtliche Absteckungsarbeiten durchgeführt. Derzeit sind bereits die umfangreichen Vorarbeiten und Berechnungen für die Absteckungsarbeiten zum Umbau der Schottentorkreuzung im Gange. Das gleiche gilt für den Neubau der Straßenbrücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße, wo wegen der schwierigen Konstruktion besonders genaue Messungen notwendig sind.

Die Vermessungsarbeiten in der wilden Siedlung "Augustinerwald", einem der schwierigsten Vermessungsgebiete Wiens, werden noch in diesem Jahr beendet.

Die im Vorjahr begonnenen provisorischen Stadtkartenwerke 1 : 10.000 und 1 : 5.000 wurden fertiggestellt und haben in erster Linie der Stadtplanung, aber auch vielen anderen Dienststellen bereits wertvolle Hilfe geleistet.

An Hand dieser Stadtkarte wird soeben ein neuer, vervielfältigungsfähiger Grundbesitzplan der Stadt Wien angefertigt.

Ein Übersichtsplan 1 : 10.000 aller Wiener Wahlsprengel wird als Hilfsmittel für die Stadtplanung und die Magistratsabteilung 66 zur Bearbeitung der Verkehrs- und Einwohnerstatistiken angefertigt.

Als Wettbewerbsgrundlage für das zentrale Gebiet von Floridsdorf wurde ein Plan in 22 Blättern im Maßstabe 1 : 500 hergestellt.

Die Anwendung der Luftbildmessung macht weiterhin gute Fortschritte. Für die neue Stadtkarte 1 : 2.000 ist nunmehr schon ein Fünftel des Wiener Stadtgebietes neu kartiert.

./.

Die Magistratsabteilung 43, Friedhöfe: Im Jahre 1959 machte die Konsolidierung der als Betrieb geführten Abteilung weitere Fortschritte. Die seinerzeit bei der Schillingseröffnungsbilanz durchgeführte Bestandaufnahme wurde ergänzt und das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Friedhofbetriebes, der Städtischen Friedhofgärtnerei und der Städtischen Steinmetzwerkstätte in einer neu angelegten Kartei festgehalten.

Der Voranschlag 1960 sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 50 Millionen Schilling vor und ist somit ausgeglichen. Der Rechnungsabschluß wirft Einnahmen von insgesamt 43,138.000 Schilling aus. Da seit einigen Jahren keinerlei Erhöhung von Gebühren, Entgelten oder Preisen bei der Magistratsabteilung 43 eintrat, ist die Steigerung der Einnahmen um 6,862.000 Schilling oder fast 16 Prozent innerhalb der letzten zwei Jahre ausschließlich auf Maßnahmen der Betriebsleitung zurückzuführen.

Mit den im Jahre 1960 zur Verfügung stehenden neun Millionen Schilling für Bau- und Gartengestaltungszwecke kann nur ein halbwegs zufriedenstellender Zustand auf den städtischen Friedhöfen, nicht aber ein besonderes Aussehen der Anlagen und Gebäude erzielt werden. Es muß daher entweder eine weitere Steigerung der Einnahmen angestrebt oder es müssen für den Betrieb außerordentliche Mittel bereitgestellt werden.

Mit Hilfe der vor Jahresfrist abgeänderten Kundmachung über die Benützung der Friedhöfe konnte endlich eine tragbare Ordnung für den motorisierten Fahrzeugverkehr in den Friedhöfen geschaffen werden. Für Mopeds, Roller, Motorräder und übrigens auch für Fahrräder wurde ein generelles Fahrverbot erlassen und damit ein Großteil der Störungen von Ruhe und Ordnung ausgeschaltet. Für Personenkraftwagen wurde lediglich auf dem Wiener Zentralfriedhof wegen seiner großen Ausdehnung ein weitmaschiges Straßennetz zur Benützung freigegeben. Beobachtungen in den letzten zwei Jahren haben die seinerzeitige Annahme bestätigt, daß trotz aller Maßnahmen die Anzahl der in den Wiener Zentralfriedhof einfahrenden Personenkraftwagen ständig zunehmen wird. Schon damals wurde vom Gemeinderatsausschuß VII der Beschluß gefaßt, in absehbarer Zeit den Personenkraftwagenverkehr einzustellen und ein billiges, für alle Friedhofbesucher zur Verfügung stehendes öffentliches Verkehrsmittel einzurichten.

Die beabsichtigte Fahrrouete verläuft so, daß jede Stelle des Friedhofes höchstens 300 Meter und die drei Aufbahrungshallen sowie die Dr. Lueger-Gedächtniskirche höchstens 100 Meter von ihr entfernt sind. Die vor einiger Zeit in Angriff genommenen Vorarbeiten betreffen vorerst die aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendige Schaffung eigener Fußgeherbankette entlang der Fahrstraßen. Dazu müssen etwa 3.200 Gräber verlegt, bzw. aufgelassen werden. Bei der weitaus größeren Zahl dieser Gräber sind keine Schwierigkeiten vorhanden, da ein Teil von ihnen seinerzeit nicht belegt worden ist, wegen Verwahrlosung und mangelndem Interesse von Hinterbliebenen eingezogen werden oder heimgefallen ist, bzw. in Kürze heimfallen wird. Es verbleiben somit einige 100 Gräber in aufrechtem Benützungsrecht. Von diesen ist bei mehr als 100 das Umlegungsverfahren im Einvernehmen mit den Hinterbliebenen bereits in die Wege geleitet oder durchgeführt. Diesbezügliche Beschwerden haben sich bisher nicht ergeben. Über die Art des Verkehrsmittels wird erst zum gegebenen Zeitpunkt eine Entscheidung getroffen werden.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten war bei der Projekterstellung zahlreicher Bauvorhaben und Planungen der Magistratsabteilung 28 und der Gruppe Stadtplaner beteiligt und hat weiter im Einvernehmen mit der Polizeidirektion Wien die Verkehrsmaßnahmen für alle Großbaustellen festgelegt. Als Straßenverwaltung hat die Abteilung in den abgelaufenen neun Monaten 823 Verkehrszeichenständer mit 2.860 Verkehrszeichen aufgestellt.

Zur Unterstützung der Wirtschaft auf dem Gebiete der Verladetätigkeit auf der Straße wurden Ladezonen geschaffen, die besonders zahlreich in den Bezirken 1, 6 und 7 aufscheinen. Ferner wurde die Kennzeichnung einer Kurzparkzone in einem Teilgebiet der Inneren Stadt durchgeführt.

Einen besonderen Platz im Arbeitsgebiet der Straßenverwaltung nehmen die Bodenmarkierungen ein. In einem eingangs erwähnten Zeitabschnitt wurden allein 7.100 Quadratmeter Bodenmarkierungen in Form von Leitlinien und Zebraübergängen sowie 1.166 Pfeilen in Nacharbeit und 3.360 Quadratmeter sowie 50 Pfeilen in Tagesarbeit ausgeführt.

Diese Arbeiten werden im kommenden Jahr eine wesentliche Steigerung erfahren. Künftighin sollen Verkehrszeichen, deren Sichtbarkeit während der Dunkelheit stark beeinträchtigt ist, in transparenter Art ausgeführt werden. Dies gilt auch für Wegweiser- und Vorwegweisertafeln.

Bei der Landesprüfstelle für das Kraftfahrzeugwesen wurden im Berichtszeitraum bisher 6.446 Kraftfahrzeuge einzelgeprüft und 905 sonstige Überprüfungen vorgenommen. Vor insgesamt 1.985 Lenkerprüfungskommissionen haben in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September insgesamt 31.864 Kandidaten Prüfungen abgelegt. Die Gesamtzahl der Prüfungen beträgt 39.564, davon nicht bestanden 18.004.

Im Verwaltungsjahr 1959 war es infolge der beträchtlichen Erhöhung der im Voranschlag hierfür bereitgestellten Mittel erstmals möglich, eine größere Anzahl von Projekten zur Errichtung von automatischen Verkehrslichtsignalanlagen in Angriff zu nehmen. Auch der Umbau bestehender handgeregelter Signalanlagen auf automatischen Betrieb wurde fortgesetzt. An technischen Neuerungen sind zu erwähnen: Fortführung der Versuche zur Verbesserung der optischen Wirkung von Fußgängersignalen, Verbesserung der Grünpfeilwirkung, Versuche zur Einführung von Rot- und Gelbpfeilsignalen. Erprobung eines ausländischen elektronischen Schaltgerätes. Versuche zum Ersatz der konventionellen Schalttableaus durch vereinheitlichte und leicht zu bedienende Drucktastengeräte. Planungsarbeiten für die Errichtung einer künftigen Zentralstelle für eine "Grüne Welle - Gürtelstraße", Bestellung einer transportablen Signalanlage.

Begonnen wurde mit Planungsarbeiten für die Signalgruppe "Schottentor" und für Signalanlagen im Zuge der Ringstraße zwischen Bellaria und Oper sowie der Kreuzungsstellen rings um die Oper.

Projekte für das Verwaltungsjahr 1960: Signalgruppe "Uhlplatz", insgesamt fünf Kreuzungsstellen im Bereiche der inneren und äußeren Gürtelstraße, Ringstraße-Bellaria, Ringstraße-Äußeres Burgtor, Ringstraße-Babenbergerstraße, Ringstraße-Operngasse.

Umbau der handgeregelten Anlage Lastenstraße - Wiedner Hauptstraße auf automatischen Betrieb und Zusammenschaltung mit neu zu errichtenden Anlagen an den Kreuzungsstellen Wiedner Hauptstraße - Friedrichstraße und Friedrichstraße - Nibelungengasse, bzw. Friedrichstraße - verlängerte Operngasse (Versuch einer Koordinierung mit den Signalen rings um die Staatsoper, bzw. im Zuge der Ringstraße). Währinger Straße - Spitalgasse - Nußdorfer Straße (Umbau auf automatischen Betrieb), Praterstern (drei koordinierte Signalanlagen an den Einmündungen der Praterstraße, Lassallestraße und Ausstellungsstraße in den Kreisring), Friedensbrücke - Rossauer Lände, Wallensteinplatz, Umbau auf automatischen Betrieb und Koordinierung mit den neu zu errichtenden Anlagen, Wallensteinplatz - Klosterneuburger Straße, sechs Kreuzungsstellen der Laxenburger Straße und Favoritenstraße mit der Landgutgasse, Quellenstraße und Gudrunstraße und Koordinierung mit den bestehenden automatischen Signalanlage am Columbusplatz, Mexikoplatz, Signalgruppe "Schottentor", im Anschluß an das Umbauprojekt im Raum Schottentor, umfassend neben der Hauptkreuzung Schottentor - Ringstraße noch etwa zehn bis vierzehn automatische und koordinierte Kreuzungsstellen im Raume Ringstraße - Universitätsstraße - Berggasse - Rossauer Lände, Schaffung einer zentralen Überwachungsstelle für die Signalgruppe und Koordinierung mit der bestehenden Signalgruppe "Ringturm", weitere kleinere acht bis zehn Signalanlagen auf Grund von Anträgen der Bezirksvorsteher und der Polizeidirektion Wien.

Die Magistratsabteilung 49, Stadtforstamt: In den Wienerwaldrevieren wurden im Rahmen der Arbeiten für die Verschönerung des Landschaftsbildes sämtliche Abzäunungen und Gitter abgetragen, Wege und Brücken hergerichtet und Bänke aufgestellt. Das knapp zugemessene Budget gestattet es jedoch nicht, den vielfachen Wünschen auf Ausgestaltung des Wald- und Wiesen-gürtels mit Bänken, Lagerwiesen und ansprechenden Hinweistafeln in noch höherem Maße zu entsprechen.

Im Revier Lobau wurden im Zuge der Ausbauarbeiten für den Olhafen Wien nach Einholung der forstbehördlichen Genehmigung 45G Festmeter geschlägert und die Waldfläche freigemacht. Im Lainzer Tiergarten wurden weiter Straßen ausgebessert und die neu errichtete Straße von der Hermesvilla zum Rohrhaus mit einem Oberflächenbelag versehen.

Das Rasthaus am Hirschgstemm konnte fristgerecht der Benützung übergeben werden und bildet zweifelsohne einen starken Anziehungspunkt für die Tiergartenbesucher. Die Besucherzahl des Lainzer Tiergartens ist von 174.000 im Jahre 1958 auf über 216.000 im Jahre 1959 gestiegen. Zur Frage des weiteren Schicksales der Hermesvilla ist weder der Presse noch dem Stadtrat auch nur eine einzige Zuschrift zugegangen, die sich für ihren weiteren Bestand ausgesprochen hätte. Diese Tatsache wäre einer Entscheidung über das künftige Schicksal der Hermesvilla mit Recht zugrunde zu legen.

In den Quellschutzforsten wurden auch heuer wieder Forststraßen verlängert und instandgesetzt, Brücken und Durchlässe erneuert. Am Schütterboden auf der Rax wurde eine 500 Meter lange Schlagseilbahn als Zubringerbahn zur bestehenden Seilbahn errichtet. Dadurch ist es möglich, daß geschlägerte Holz raschest ohne Qualitätsverlust ins Naßtal und weiter zum städtischen Sägewerk Hirschwang zu bringen. Die wolkenbruchartigen Regenfälle in der Zeit vom 18. bis 21. Juli verursachten in den Quellgebieten der I. und II. Hochquellenleitung umfangreiche Schäden an Straßen, Brücken und Uferschutzbauten und Gebäuden. Der Gesamtschaden beträgt 740.000 Schilling.

Für das kommende Jahr ist unter anderem im Rahmen der Ausgestaltung des Landschaftsschutzgebietes Wiener Wald als Ausflugs- und Erholungsgebiet für die Großstadtbevölkerung die Aufforstung des Gebietes "Roter Berg" und die Instandsetzung der "Schwarzenbergallee" in Neuwaldegg vorgesehen.

Am Schluß seines Berichtes dankte der Referent den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für die stets von größter Sachlichkeit getragene Mitarbeit. Auch allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe dankte er für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und ersuchte um Annahme des Voranschlages der Verwaltungsgruppe VII (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas unterbricht hierauf um 19.10 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Samstag, den 19. Dezember, um 9 Uhr, mit der Debatte über das Kapitel VII fortgesetzt werden. Als erster Redner spricht GR. Hausner (KLS). Die morgige Sitzung wird voraussichtlich bis 14 Uhr dauern.

Neuer Rekord bei den Wiener E-Werken
=====

18. Dezember (RK) Nachdem, wie bereits berichtet, erst vor wenigen Tagen die Wiener Elektrizitätswerke einen bisher nicht verzeichneten Tagesverbrauch von sieben Millionen Kilowattstunden erreicht haben, wurde am Mittwoch, dem 16. Dezember, eine neue Rekordleistung erzielt. An diesem Tag erreichte erstmalig die Spitzenleistung der Wiener E-Werke 400.000 Kilowatt, ein Wert, der seit dem Bestand der E-Werke noch nicht verzeichnet worden war. Bemerkenswert ist, daß im Kriegsjahr 1941 erstmalig eine Spitzenleistung von 200.000 Kilowatt, also die Hälfte des jetzigen Wertes, erreicht worden ist und daß im Jahre 1954 die Spitzenleistung erstmalig 300.000 Kilowatt betrug.

- - -

150. Geburtstag von Anton Perger
=====

18. Dezember (RK) Am 20. Dezember 1805 wurde in Wien der Maler und Kunstschriftsteller Anton Perger geboren.

Nach der in seiner Heimatstadt und in Rom verbrachten Studienzeit wirkte er als Professor für Anatomie an der Akademie der bildenden Künste. 1853 wurde er Skriptor, 1871 Kustos an der Hofbibliothek. Am 14. April 1876 ist er in Wien gestorben. Sein künstlerisches Schaffen ging neben seinem eigentlichen Beruf einher. Von ihm befinden sich vier Aquarelle und Hunderte von Zeichnungen im Historischen Museum der Stadt Wien. Bekannt sind auch die beiden Ölbilder "Das Wunder der Brotvermehrung" und das Gruppenbild der Mitglieder der Künstlervereinigung "Grüne Insel".

- - -